

PREIS: 1,-

# DER FALL DIETZENBACH



## CHRONOLOGIE

## DOKUMENTE

## ANALYSEN

I

Kolleginnen und Kollegen, liebe Eltern und Schüler!

Wenn diese Dokumentation erscheint, dann ist der Konflikt an der Ernst-Reuter-Schule Dietzenbach noch immer nicht entschieden. Noch immer droht dem Junglehrer T. Beyerle die Strafversetzung in die hessische Provinz, die einem Berufsverbot gleichkommt: Denn wir können uns doch ausmalen, daß Beyerle später nicht ins Beamtenverhältnis übernommen wird - aus pädagogischen Gründen, versteht sich! Dasselbe droht weiteren 3 Lehrern der Ernst-Reuter-Schule.

Die Kultusbürokratie praktiziert derweil eine Hinhaltenaktik - geboren aus Unschlüssigkeit sowie dem Kalkül: Je länger der Konflikt in der Schwebe bleibt, desto größer wird der Drang nach Ruhe und geordnetem Schulbetrieb, desto eher bröckelt die Solidarität. So hat sie mittlerweile die streitenden Parteien angehört, die Einspruchsfrist für Beyerle verlängert und sich nach Darmstadt zurückgezogen.

In dieser Situation dürfen wir nicht vergessen, was im Falle Dietzenbach auf dem Spiel steht!

Einmal stehen die Berufsperspektiven der betroffenen Kollegen auf dem Spiel. Aber mit den konkreten Personen steht in diesem Fall - und das ist der Kernpunkt des Konflikts - auf dem Spiel, ob hier in Hessen das schleichende Berufsverbot für fortschrittliche Kollegen praktiziert werden kann, ob sich die schulpolitische Reaktion in diesem Falle durchsetzt. Denn: Egal, was wir von der Person Beyerle und seinen konkreten Unterrichtsmethoden auch immer halten (und es sei hier offen gesagt, daß das Aktionskomitee T. Beyerle die Solidarität oft schwer macht!) - klar ist doch folgendes:

Wenn T. Beyerle und die anderen Lehrer diszipliniert werden, dann hätte sich folgendes entschieden:

- Es ist reaktionären Initiativen möglich, über provozierte Schulkonflikte fortschrittliche Lehrer aus der Schule herauszukatapultieren.
- Es ist diesen Initiativen möglich, die Offensive gegen fortschrittlichen Unterricht mit einigen Erfolgschancen weiterzuführen. Die Kampagne von Rechts gegen die Rahmenrichtlinien würde dadurch bestärkt werden.
- Es ist der Kultusbürokratie möglich, mit windigen Vorwänden, das schleichende Berufsverbot zu praktizieren; es ist ihr möglich, weiterhin mit reaktionären Initiativen zu kollaborieren.

Und wenn der Fall Dietzenbach dergestalt zu einem Sieg der Reaktion werden sollte, dann sind alle Kollegen, alle fortschrittlichen Kräfte im Bildungswesen davon betroffen.

Deshalb rufen wir alle fortschrittlichen Kräfte auf:

Laßt es nicht zu, daß den Lehrern das Recht der freien politischen Betätigung beschnitten wird!

Laßt es nicht zu, daß diejenigen Lehrer, die sich für die Interessen der Werktätigen einsetzen, diszipliniert werden!

Verhindert, daß die reaktionären Kräfte, die für Elitebildung und ideologische Verdummung, gegen die Demokratie in der Schule eintreten, einen Sieg davontragen!

Setzen wir dem Klassenkampf von oben die Solidarität und entschlossene Interessenvertretung der fortschrittlichen Lehrer, Eltern und Schüler entgegen!

Deshalb - und in Befolgung des Beschlusses der Junglehrer-  
 versammlung vom 20.2. in Dietzenbach - rufen wir alle Lehrer  
 aus Offenbach-Land und Umgebung, alle interessierten Eltern  
 und Schüler auf zu einer Protestveranstaltung in Dietzenbach,  
 am Donnerstag, den 1.3.73 um 19 Uhr 30 in der Hessischen Ju-  
 gendbildungsstätte, Dietzenbach, Offenthaler Straße.

Die Dokumentation soll dazu dienen, durch breite Diskussion  
 vor allem in den Kollegien zu einer machtvollen Veranstal-  
 tung der Solidarität zu kommen, auf der auch die weiteren  
 Perspektiven der Abwehr von Schulreaktion und politischer  
 Disziplinierung diskutiert werden sollen.

Wir bitten alle fortschrittlichen Kollegen mit Hilfe der  
 Dokumentation in den Kollegien zu diskutieren, um die Front  
 der Solidarität zu stärken.

VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN SCHULREAKTION UND POLITISCHE  
 DISZIPLINIERUNG !!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG AN DER SCHULE !!

SOFORTIGE RÜCKNAHME DER VERSETZUNGSDROHUNG GEGEN T. BEYERLE !!

FÜR EINE SCHULE IM INTERESSE DER WERKTÄTIGEN !!

P.S. Für die Frankfurter Kollegen planen wir eine Informa-  
 tions- und Protestveranstaltung für Anfang der nächsten  
 Woche. Termin und Ort wird noch bekanntgegeben.

#### Inhaltsverzeichnis:

I. 1.	Chronologie des Konflikts	S. 1-17
2.	Dokumente	S. 15-24
II. 1.	Politische Rahmenbedingungen des Konflikts	S. 25-28
2.	CDU-Schulpolitik in Hessen	S. 29-31
3.	Die reaktionäre Initiative in Dietzenbach	S. 32-36
4.	Die "Gruppe der 20"	S. 36-38
5.	Stellungnahme der CDU	
6.	Die Haltung der SPD zum Konflikt	S. 39-40

Verantw.: Initiativgruppe für ein "Komitee Demokratische  
 Schule", Bernd Wältz, Dietzenbach, Karl Marxstr. 1, Tel.  
 06074/26134.

DER KONFLIKT UM FORM UND INHALT DER ÖFFENTLICHEN  
ERZIEHUNG AN DER ERNST-REUTER-SCHULE IN DIETZENBACH

Chronologische Darstellung des bisherigen Verlaufs

A Die schulinternen Auseinandersetzungen an der ERS  
seit Oktober 1972

---

21. 10

Koordinationskonferenz "Sexualkunde" für das 5. Schuljahr.  
Es wird vorgeschlagen, die Sexfibel (Leske-Verlag) nach  
Absprache mit den Eltern im Unterricht einzuführen. Außer-  
dem wurde als Einstieg eine Wortfeldanalyse für sinnvoll  
gehalten. Herr Beyerle erhielt den Auftrag, die Einheit  
vorzubereiten.

4.-9. 11.

Elternabende in den Klassen von Herrn Beyerle, Frl. Hess,  
Frau Wirth und Frau Beez.

Die Eltern stimmen zu, die Sexfibel mit Kommentar im Unter-  
richt zu verwenden.

Beim Elternabend von Frl. Hess kam es zur Kritik durch  
einige Eltern. Herr Lang: Wenn mit dem Buch gearbeitet wird,  
nimmt mein Sohn nicht am Unterricht teil. Man einigt sich  
jedoch darauf, mit dem Buch weiterzuarbeiten (der Sexual-  
kundeunterricht hat aus aktuellem Anlaß in dieser Klasse  
früher begonnen) und es langsam auslaufen zu lassen. Es  
wurde versäumt, darüber abzustimmen.

8. 11.

Herr Heilmann, der 2. Elternbeirat aus der Klasse von Frl.  
Hess, beschwert sich bei Rektor Schwarz, daß die Sexfibel  
im Unterricht verwendet wird ("Das Buch ist pervers.")  
Nach einer Überprüfung verteidigt Rektor Schwarz die Sex-  
fibel und betont, daß sie gegenüber dem Sexualkundeatlas  
vorzuziehen sei.

9. 11.

Brief von Herrn Lang (1. Elternbeirat) an Frl. Hess und  
an die Schulleitung. Tendenz des Briefes:

- Kritik am Lehrerverhalten (die Meinung der Lehrerin  
würde sich zwischen Kinder und Elternhaus stellen);
- das Einverständnis der Eltern zur Sexfibel hätte nur  
dazu gedient, die Lehrerin vor den Kindern nicht bloß-  
zustellen;
- die Lehrerin habe die Schüler im Sinne der Eltern zu er-  
ziehen. Wenn dies nicht geschehen würde hätte sie es in  
Zukunft schwer.

Kurzkonferenz: Der Rektor verliest den Brief von Herrn  
Lang (Äußerung im Kollegium: "Erpressung") und sein Ant-  
wortschreiben: Herr Lang sei nicht befugt, den Lehrern  
pädagogische Vorschriften zu machen.

Rektor Schwarz befürwortet auf dieser Konferenz noch ein-  
mal ausdrücklich die Sexfibel.

10. 11.

Der Rektor erläßt ohne Begründung eine Dienstanweisung: Der Sexualkundeunterricht sei bis zur Fachkonferenz am 13. 11. auszusetzen.

Eltern weisen den Rektor auf einen Erlaß von 1970 hin, der die Bücher für den Sexualkundeunterricht empfiehlt. Da die Sexfibel 1972 erschienen ist, ist sie in dem Erlaß nicht aufgeführt.

11. 11.

Rektor Schwarz bittet Kollegin Greiner, Herr Beyerle solle ihr in Zukunft jeden Tag schriftliche Unterrichtsvorbereitungen zeigen. Frau Greiner lehnt ab mit der Begründung, sie sei nicht die Mentorin. Rektor Schwarz lehnt eine Begründung seiner Anordnung ab.

13. 11.

Fachkonferenz Biologie: Ohne Diskussion erfolgt die Dienstanweisung des Rektors: Die Sexualkunde wird bis nach Weihnachten verschoben, bis die Dinge (Verwendung der Sexfibel im Unterricht) geklärt sind.

Eine inhaltliche Begründung erfolgt nicht.

Rektor Schwarz warf Frl. Hess und Herrn Beyerle vor, sie hätten gegen seine Dienstanweisung verstoßen. Diesem Vorwurf ging folgendes voraus: Am Vormittag war Herr Schwarz überraschend in der dritten Stunde in den meisten der 10 5. ten Klassen und in einigen 6 ten Klassen aufgetaucht; er fuhr die Lehrer an: "Was machen Sie gerade?" oder stürzte auf den nächsten Schüler zu, riß ihm das Arbeitsblatt aus der Hand, las es durch und verließ ohne Erklärung die Klasse. Herr Beyerle und Frl. Hess versuchten in dieser Stunde gerade den Schülern im Gespräch klarzumachen, warum die Sexualkunde abgesetzt sei und die Sexfibel nicht mehr verwendet werden dürfe.

Erst auf den ausdrücklichen Hinweis eines Kollegen, daß dies nicht als Verstoß gegen die Dienstanweisung zu werten sei, zog Rektor Schwarz seinen Vorwurf zurück.

Einige Kollegen wiesen darauf hin, daß der Konflikt um die Sexualkunde ein politischer Konflikt sei: einige Eltern benutzen die Sexualkunde als Vorwand, um dadurch die Förderstufe und einige Lehrer anzugreifen. Es gehe hier um die Interessen bestimmter Eltern, kurz um Klasseninteressen. Auf die scharfe Kritik eines Kollegen am Begriff "Klasse", wurde der Versuch einer soziologischen Darstellung des Problems unter Hinweis auf verschiedene wissenschaftliche Methoden und auf die Verwendung des Klassenbegriffs in Schulbüchern (Hilligen, Fischer) unternommen.

Es gelang nicht, alle Anwesenden davon zu überzeugen, daß es sich beim Sexualkundekonflikt um einen politischen Konflikt handelt.

14. 11.

Rektor Schwarz erläßt die Dienstanweisung, daß alle zusätzlichen Bücher, Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel, von ihm genehmigt werden müssen. (s. Anlage 1)

15. 11.

Rektor Schwarz lehnt ein ihm zur Genehmigung vorgelegtes Arbeitsblatt mit der Begründung ab, die Tendenz gefalle ihm nicht.

16.-25. 11.

Kinder aus der 8. und 9. Hauptschulklasse berichten, sie seien von anderen Lehrern über den Sozialkundeunterricht eines Kollegen ausgefragt worden.

25. 11.

Herr Schwarz spricht vor einem Handballspiel in der Stadthalle Offenbach den Rektor der Astrid-Lindgren-Schule, Herrn Meyer, an und fordert ihn auf, auf die Elternschaft der Grunschule in der Weise zu wirken, daß sie sich weigern soll, die Kinder am Ende des 4. Schuljahres in die Förderstufe der Ernst-Reuter-Schule zu schicken oder sogar bereit zu sein, einen Streik zu inszenieren. Die Direktoren Klingbeil und Gerhardt hätten bereits zugestimmt.

27. 11.

Morgens wird einem Kollegen ein Brief mit folgendem Inhalt übergeben: Sehr geehrter Herr... , mein Mann bekam am Samstag einen Anruf von Herrn Jacob. Von ihm erfuhren wir, daß man gegen Sie und einige Kollegen ein Komplott schmieden will. Man ersuchte meinen Mann, gegen Sie Beweise betreffend Ihrer politischen Äußerungen gegenüber den Kindern zu suchen. Vielleicht könnten Sie nach der Schule vorbeikommen. Mit freundlichen Grüßen...

Bei dem Besuch der Eltern ergab sich folgendes: Herr Jacob wolle mit einigen Eltern einen Schulstreik gegen vier Kollegen inszenieren, um Rektor Schwarz einen Vorwand zu geben, damit dieser in Wiesbaden anrufen könne. Er, Jacob, habe sich im Regierungspräsidium erkundigt, wie man mit den vier Kollegen verfahren könne. Ihm sei gesagt worden, man könne nur etwas unternehmen, wenn die Eltern aktiv würden. Der Streik sei mit Rektor Schwarz abgesprochen.

Am mittag beginnt die angesetzte Gesamtkonferenz. Tagesordnung: 1. Neue Konferenzordnung, 2. Richtlinien für den Unterricht.

Herr Schwarz beginnt die Konferenz mit dem Verlesen der neuen Konferenzordnung und der Bitte, ihn nicht zu unterbrechen. Nach Punkt 2 der Konferenzordnung macht Rektor Schwarz eine erwartungsvolle Pause, und eine Kollege meldet sich zu Wort. Später stellte sich heraus, daß dies verabredet war. Der Kollege fragt, ob es nicht auch den anderen aufgefallen sei, daß im Kollegium in letzter Zeit ein Klima herrsche, das eine Zusammenarbeit schlecht möglich mache. Deshalb habe sich eine Gruppe Lehrer zusammengesetzt und ein Papier ausgearbeitet. In diesem Papier wird behauptet, die Arbeitsatmosphäre im Kollegium sei gespannt, wofür als Ursachen genannt werden:

a) Es herrsche ein: scharfer, kollegialer, belehigender und autoritärer Ton.

b) Es herrschen Klassenkampfstrukturen. Der ideologische Kampf solle in die Schule getragen werden: "Es herrscht Klassenkampf hier und überall", soll einer der vier Kollegen gesagt haben. Es würden linksradikale Unterrichtsmaterialien benutzt (Schallplatte: Warum ist die Banane krumm?), die Schüler würden gegen den Religionsunterricht aufgenetzt, Kollegen würden als Reaktionäre bezeichnet. Es gäbe eine Strategie des Konfliktes.

Als Antwort auf dieses Papier wurde der vorher zitierte Elternbrief verlesen. Er wurde jedoch nicht beachtet. Statt dessen wurde verlangt, daß alle Kollegen, die auch der Auffassung seien, daß es Klassen und Klassenkampf gäbe, aufstehen sollten, damit die Fronten klar seien. Dabei wurde unterstellt, daß derjenige, der meine, es gäbe Klassen und Klassenkampf, auch für die Diktatur des Proletariats sei. Dem wurde widersprochen, denn auch in der "Wirtschaftswoche", einigen Schulbüchern und den Rahmenrichtlinien wird der Klassenbegriff verwandt. Antwort des Kollegen Nold: Die Rahmenrichtlinien sind für uns nicht maßgebend. Es wurde weiterhin behauptet, an der Schule habe 10 Jahre Friede geherrscht, erst seit einiger Zeit (seit die "Neuen" da sind) gäbe es Unruhe. Dem wurde von einem Kollegen widersprochen. Es habe schon immer z. Teil heftige Auseinandersetzungen an der Schule gegeben. Es wurde angekündigt, daß man belastendes Material gesammelt habe und auch weiter sammeln werde.

28. 11.

An diesem Abend trafen sich einige Eltern und Elternbeiräte auf dem Hexenberg in Dietzenbach, um belastendes Material gegen die vier Kollegen zusammenzutragen. Diesen Eltern war bezeichnenderweise der Inhalt des auf der Konferenz verlesenen Elternbriefes schon bekannt. Außerdem lagen zwei Arbeitspapiere vor, die als Vorbereitung für eine Koordinationskonferenz gedacht waren und nachweislich nur im Lehrerzimmer verteilt worden waren. Eines dieser Papiere war aus dem Fach eines Kollegen verschwunden. Diese Unterlagen sollten der Staatsanwaltschaft und der Schulaufsichtsbehörde zugeleitet werden (Begründung: pornographisch und verfassungsfeindlich) (Anlage 2). Da auf dieser Versammlung keine konkreten Vorwürfe gefunden wurden, trennte man sich in der Absicht, weiterzusuchen.

(Dieser Teil der Chronologie wurde entnommen aus: Solidarität im Kampf gegen das Berufsverbot, hrsg. v. AJLE Offenbach-Land)

B Die öffentliche Austragung des Konfliktes vor den Weihnachtsferien

2. 12.

In der Lokalausgabe der "Frankfurter Rundschau" (FR) erscheint ein namentlich nicht gezeichneter Artikel, der den vier Kollegen unterstellt, anarchistische und linksradikale Anschauungen zu vertreten. Es wird ihnen vorgeworfen,

"eingeschleuste Anarchisten" zu sein.

Nach den Recherchen eines Elternbeirates ist dieser Artikel von dem Vorsitzenden des Schulelternbeirates der ERS, Rechtsanwalt Jacob, initiiert.

Zum gleichen Zeitpunkt erfolgt erstmals eine öffentliche Stellungnahme der "Gruppe der 15". In einem offenen Brief an die Eltern in Dietzenbach (Anlage 3) erläutern sie ihre pädagogischen und politischen Intentionen und verweisen auf die Angriffe, denen sie deswegen bis jetzt ausgesetzt waren.

### 3. 12.

Neben vielen Solidaritätserklärungen Dietzenbacher Bürger für die "Gruppe der 15" erscheint von der "Gruppe der 20" ebenfalls ein offener Brief an die Eltern (Anlage 4). Tenor dieser Erklärung: Ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft. In dankenswerter Offenheit wird herausgestellt, daß die Schule nur zur blinden Unterordnung unter die nicht zu hinterfragenden Bedingungen der Arbeitswelt zu erziehen hat; die Affirmation bestehender Verhältnisse mit all ihren politischen und sozialen Ungleichheiten wird zum obersten Erziehungsziel erklärt.

### 5. 12.

Weitere Klarheit über die politischen Hintergründe der Angriffe gegen die vier Referendare bzw. apl. Lehrer bringt ein FR-Artikel. Er ist überschrieben mit einem Ausspruch von Rechtsanwalt Jacob: "Mein Kind soll nicht wie ein Arbeiterkind behandelt werden." Desweiteren gibt dieser "Elternvertreter" zu, "in Gesprächen mit Eltern Initiativen gegen die vier Lehrer zu entwickeln, ... die einen Streik nicht ausschließen." (FR)

In dem gleichen Artikel wird Rektor Schwarz durch die Aussagen seines Kollegen von der Astrid Lindgren-Schule, Rektor Heyer, schwer belastet. Heyer, der zugleich Stadtverordnetenvorsteher in Dietzenbach ist, konkretisiert seine Vorwürfe nach dem Dementi von Schwarz nochmals in einer Erklärung für die "Dietzenbacher Stadtpost" vom 7. 12.:

"Am Samstag, den 25.11.72, sprach mich Herr Rektor Schwarz kurz vor Beginn des Bundesliga-Hallenhandballspieles in der Stadthalle in Offenbach an, mit dem Hinweis, ich solle die Bemühungen der Rektoren Gerhardt und Klingbeil ebenfalls unterstützen, die Elternschaft im Einzugsbereich der jeweiligen Grundschule aufzufordern, ihre Kinder - wenn nötig - nicht an die Förderstufe der ERS zu schicken. Im übrigen mögen sie Material sammeln, daß eine Handhabe gegen die angeblich vier linksradikalen Lehrer bietet. Ich sagte dies noch nicht konkret zu, sondern wollte darüber mehr wissen. Ich rief Herrn Schwarz - da am Abend des Spiels keine Zeit mehr verblieb - am Montagmorgen an in der Ernst-Reuter-Schule mit dem Bemerkungen, man könne entweder neutral sein und sich ganz heraushalten oder aber Stellung beziehen, wenn man genaue Informationen bekomme. Dafür hatte er sofort Verständnis und arrangierte ein Gespräch am Dienstag, dem 28.11.72, um 11 Uhr, mit den Rektoren der Dietzenbacher Grundschulen. In diesem Gespräch legte er nochmals dar, welche Vorwürfe von Seiten der Lehrerschaft und der Elternschaft bestehen."

...e., der diese Aussage trotz der Dementis durch Scharz und die Direktoren der Dietzenbacher Grundschulen weiterhin aufrecht hält, erklärt zu den Vorwürfen gegen die vier Lehrer: "Ich habe die Vorwürfe gegen die Junglehrer nachgeprüft und ich muß sagen, daß nicht viel übrig geblieben ist. Ich werde den Wünschen meines Kollegen Schwarz nicht nachkommen. Ich kann es unter den gegebenen Umständen nicht verantworten, den Eltern von der Förderstufe an der Ernst-Reuter-Schule abzuraten." (FR 5.12.)

### 12. 12.

In einem Flugblatt (Anlage 5), das in allen Ausbildungsseminaren der 4 Aufsichtsbereiche Offenbach-Land verteilt wird, gibt der AJLE Offenbach-Land eine Einschätzung der politischen Kampagnen gegen die bedrängten Kollegen und fordert zur Solidarität gegen zu erwartende Disziplinarmaßnahmen und zur Beratung und Organisation von Maßnahmen gegen alle Versuche der politischen Disziplinierung auf.

### 13. 12.

In einer Erklärung (Anlage 6) solidarisiert sich der Vorstand des Kreisverbandes Offenbach-Land der GEW mit den vier Dietzenbacher Kollegen.

Zu dieser Vorstandssitzung, die wie stets öffentlich stattfand, erschienen keine Vertreter der "Gruppe der 20", obwohl ihnen durch Aushang am Schulbrett der Termin der Sitzung bekannt war. Die Gruppe versuchte ihr Verhalten dadurch zu rechtfertigen, daß ihr keine gesonderte schriftliche Einladung zugegangen sei.

### 15. 12.

Einen vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen bildete die öffentliche Veranstaltung der "Elterninitiative der CDU" zu dem Thema "Werden unsere Kinder richtig aufgeklärt?".

Der aus München angereiste Diplompsychologe Hohäflein, von der CDU als "Fachmann" angekündigt, entpuppte sich als ein Freudianer von seltener Borniertheit. Sein "wissenschaftliches Geschwätz" bestand darin, daß er generell jedem sexuelle Verklehmtheit unterstellte, dies sich in kompensatorischen Handlungen äußert, was bei ihm hieß, daß Sadisten Chirurgen werden, andere kaputte Typen halt Lehrer, die Sexualerziehung betreiben, um sich auf diese Art Befriedigung zu verschaffen.

Wen wundert es da noch, daß er den Sexualkundeunterricht in der Schule ablehnt und Aufklärung eigentlich nur im Schoße der Familie betrieben sehen möchte?

Sich auf seine weitergehende Verpflichtungen gegenüber der "CDU-Elterninitiative" besinnend attackierte er sodann vor allem die Sexfibel, wobei diese Angriffe unschwer als Angriffe auf den Unterricht der vier Junglehrer zu begreifen waren. Im Widerspruch die Sexualpädagogin Pötter, die diesem Buch durchaus auch Berechtigung im Unterricht zusprach und sich außerdem dazu bekannte, daß Sexualerziehung auch politische Bildung vermittelt.

Die Stoßrichtung der Diskussion wurde durch die Beiträge der CDU Vertreter überdeutlich: Die Aufforderung zur extensiven Anwendung des Elternrechts wurde propagiert als ein Versuch, aus der konservativen Ecke heraus die recht bescheidenen Ansätze der hessischen Curriculumreform zu torpedieren, um das bürgerliche Bildungsprivileg aufrecht zu erhalten. Diese Angriffe reißen sich ein in die Kampagne der CDU gegen die neuen Rahmenrichtlinien und gegen das neue Hilligen-Buch.

Was sicher nicht im Sinne der CDU-Elterninitiative war, war das Erscheinen eines großen Teils der nicht mit der CDU sympatisierenden Elternschaft zu dieser Veranstaltung. Die Reaktionäre waren nicht mehr unter sich - wie im geheimen Kreis an der Hausbar des Dr. Imhof. Das Ziel, die Veranstaltung zu einem Tribunal über die fortschrittlichen Junglehrer zu machen, mißglückte. Es gelang nicht, die Dietzenbacher Eltern vor den Karren der CDU zu spannen, um so über die angeblichen "Sauereien" im Sexualkundeunterricht einen Generalangriff auf jegliche fortschrittlichen Unterrichtsinhalte starten zu können.

### 21. 12.

Einheitliche Front von CDU, FDP und hessischer Kultusbürokratie: "Zu der Forderung des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Hermann Stein, den Gebrauch des Sexfibel des Leske-Verlages an hessischen Schulen zu untersagen, hat Kultusminister v. Friedeburg am Mittwoch erklärt, daß auch seiner Meinung nach diese Schrift für den Unterricht nicht geeignet sei. Die umstrittene Sexfibel sei an hessischen Schulen weder zugelassen noch werde sie in der Literaturliste zum Sexualunterricht empfohlen. Da die von einigen Lehrern im Unterricht dennoch verwendete Schrift pädagogisch ungeeignet sei und den Rahmenrichtlinien nicht entspreche, werde ihre Benutzung an den hessischen Schulen durch Erlaß sofort untersagt." (FR 21.12.)

## C Die neue Qualität des Konfliktes seit Januar 1973

---

### 5.1.

Die während der Weihnachtsfeiertage nach Außen hin gewährte Ruhe wurde bald durch neue Angriffe seitens der reaktionären Kräfte gestört: am 5.1. erschien eine Meldung in der "Offenbach Post", aus der hervorging, daß sich ein "Gesprächskreis der Dietzenbacher Schulelternbeiratsvorstände" konstituiert hat, der, nachdem er schon zusammen mit der Gruppe der "20" getagt hat, glaubt, die "Gruppe der 15" vorladen zu müssen. Mitglieder dieses ominösen Gesprächskreises, dem die Klassenelternbeiräte nicht angehören, sind unter anderem der wohl zu recht als Drahtzieher verschriene Rechtsanwalt Jacob, der Rechtsanwalt und CDU Stadtverordnete Faust und die nicht minder scharfmacherisch agierende Frau Michaelson.

8.1.

Ebenfalls noch während der Weihnachtsferien erscheint erstmals eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums Darmstadt. In einem Brief an den GEW Kreisvorstand beteuert der Leiter der Schulabteilung, Regierungsdirektor Friedrich, daß seine Behörde erst aus der Zeitung auf die Vorfälle in Dietzenbach aufmerksam geworden sei, daß er sehr erstaunt sei, daß die GEW von politischen Hintergründen des Konflikts rede und daß er offenbar über die der Gewerkschaft zugänglichen Informationen nicht verfüge, weswegen diese sie ihm doch zustellen möge.

Dies<sup>4</sup> dummdreiste Schreiben des obersten südhessischen Schulburokraten wurde veröffentlicht, obwohl landauf landab jeder weiß, daß einer der engsten Mitarbeiter Friedrichs, Oberschulrat Magsam, ein persönlicher Freund von Rektor Schwarz ist und diesen seit Jahr und Tag gegen alle Vorwürfe deckt, die von den Eltern gegen dessen persönliches und pädagogisches Verhalten erhoben werden.

In der Zwischenzeit wurde auch der reaktionäre Kern der Elternschaft weiter aktiv. So erschien plötzlich eine Mutter im Unterricht des Kollegen Katarski, blieb einige Zeit still sitzen, verschwand und verfasste eine Beschwerde, an die Schulaufsichtsbehörde in Heusenstamm, in der sie massive Angriffe gegen Katarski erhob. Schriftliche Beschwerden am Unterricht der Kollegin Hess wurden auch von Eltern einer anderen Klasse erhoben. Darüberhinaus beantragten plötzlich mehrere Eltern die Versetzung ihrer Kinder aus dieser Klasse.

Die Stoßrichtung dieser Maßnahmen ist klar: Nachdem bisher alle politischen Diffamierungen nichts genutzt haben, mußte seitens der Reaktion ein neuer Weg gesucht werden. Man begann gezielt die pädagogischen Fähigkeiten der vier fortschrittlichen Kollegen ins Zwielficht zu ziehen.

Mittlerweile hatte die "Gruppe der 15" eine <sup>A</sup>Antwort an den "Gesprächskreis" verfasst. Es wurde abgelehnt vor dieser vor der Elternschaft nicht legitimierten und sich selbst zum Friedensstifter ernennenden Gremium zu erscheinen, zum einen, da einige Mitglieder dieses illustren Kreises mehrmals in der Öffentlichkeit gegen die "Gruppe der 15" Stellung bezogen haben, zum anderen, weil es den 15 Lehrern ratsam erschien, daß Ergebnis der inzwischen eingeleiteten offiziellen Untersuchungen abzuwarten.

16.1.

Am 16.1. erschien eine zuvor über Fernschreiber verbreitete Stellungnahme des Gesprächskreises in der FR, worin sich dessen Mitglieder nochmals als die Interessenvertreter aller Dietzenbacher Eltern herausstellten und den Lehrern der "Gruppe der 15" unterstellten, sie hätten einiges zu verbergen.

17.1.

Erst nach dieser erneuten Provokation sah sich die "Gruppe der 15" gezwungen nun auch ihr Antwortschreiben an den Gesprächskreis zu veröffentlichen. Sie befand sich damit erneut in der Defensive gegenüber den taktisch geschickt agierenden Reaktionen, die ihre Erfahrungen als Anwälte der bürgerlichen Klassenjustiz voll ausspielten.

Mittlerweile erschien auch eine "Dokumentation" der "Gruppe der 20". Im gegensatz zum AJLE, der in seiner Dokumentation vom

Dezember 1972 alle vorliegenden Veröffentlichungen nachdruckte, dadurch jedem Leser die Überprüfung der AJLE Einschätzung des Konfliktes ermöglichte und eine breite Information gewährleistete, hielt es diese Gruppe nur für nötig, daß zu zitieren oder zu dokumentieren, was ihre eigene Argumentation stützte---. Die Argumentation selber: sie ist der krampfhafteste Versuch, die "Gruppe der 15" in die linksradikale Ecke zu drängen. Das geschieht dadurch, daß Zitate antikommunistische Autoren (Gustav A. Wetter) über das Wesen des Kommunismus als Beleg für die Strategie und Taktik der fortschrittlichen Kollegen herangezogen werden, oder daß deren Erziehungsvorstellungen mit Publikationen aus dem jedem Fachmann als erkonservativ bekannten katholischen Herderverlag "widerlegt" werden. Um auf ein von Frau von Schöppenthau kolportiertes "Itat des Kollegen Katarski zurückzugreifen: "Jeder zieht sich den Schuh an, der ihm paßt."

24.1.

Ein weiteres Beispiel für ihr von ihr selbst gepriesenes Demokratieverständnis der "Gruppe der 20": Nachdem der Kreisvorstand der GEW wegen seiner Solidaritätserklärung für die fortschrittlichen Diétzenbacher Kollegen massiven Angriffen ausgesetzt war, lud er zu einer Sitzung ein, die ausschließlich dem Konflikt an der ERS gelten sollte. Die "Gruppe der 20" erhielt eine besondere Einladung erschien und stellte die folgende Resolution zur sofortigen Abstimmung:

- "Der Kreisvorstand der GEW erklärt öffentlich:
1. An die "Gruppe der 20" ist keine Einladung zu der am 13.12.72 stattgefundenen Kreisvorstandssitzung der GEW ergangen.
  2. die der Öffentlichkeit mitgeteilte Resolution beruht deshalb auf einseitigen Informationen.
  3. Die unter diesen Voraussetzungen entstandene Resolution muß darum nichtig erklärt werden.

Eine solche Erklärung des Kreisvorstandes der GEW stellt für uns die unumgängliche Voraussetzung dafür dar, die inhaltlichen Probleme an der Ernst Reuter -Schule zu diskutieren.

Da angesichts dieses erpresserischen Manövers vom Kreisvorstand die Auffassung vertreten wurde, daß ein solcher Beschluß doch nur das Ergebnis einer inhaltlichen Diskussion aller Vorwürfe sein könne, verließen die Vertreter der "Gruppe der 20" die Versammlung.

25.1.

An diesem Abend tagte unter der Leitung von Rechtsanwalt Jacob der Schulleiternbeirat der ERS. Da dieses Gremium im Gegensatz zu dem "Gesprächskreis" von der Elternschaft als ihr - wenn auch kümmerliches - vertretungsorgan legitimiert ist, wollten Vertreter der "Gruppe der 15" an dieser Veranstaltung teilnehmen, ebenfalls einige Eltern, die sich um direkte Informationen bemühten. Doch da zeigten sich, wer die wirklichen Dunkelmänner sind, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen: tönte Jacob im Januar noch, für jemanden, der nichts zu verbergen habe, könne die Abgabe einer wahrheitsgemäßen Stellungnahme nicht schädlich sein (FR, 16.1.73), so verhinderte er jetzt gerade diese Stellungnahme, indem er unter Berufung auf Formalia (die Öffentlichkeit sei nun einmal nicht geladen und werde auch das nächstemal nicht geladen) die Sitzung schloß. Dieser Rechtsverdrehler nimmt offenbar für sich in Anspruch, der Öffentlichkeit Informationen erst dann zugänglich zu machen, wenn sie durch ihn interpretiert - d.h. verfälscht - wurden.

## D Die Einleitung des Berufsverbotes gegen T. Beyerle

12.2.

Rektor Schwarz ist ab diesem Tag in Kur. Und just an diesem ersten Tag seiner Abwesenheit erscheint sein alter Kumpel, Oberschulrat Magsam, mit dem Hausjuristen des Regierungspräsidiums, Herrn Piechaczek, um mit dem Kollegen Beyerle ein "pädagogisches Gespräch" zu führen. Dem Kollegen Beyerle erscheint die Anwesenheit des Juristen bei einem solchen Gespräch recht sonderbar, und er besteht nun seinerseits auf der Anwesenheit der für seine Ausbildung Verantwortlichen, was von Magsam abgelehnt wird. Beyerle weigert sich darauf, das Gespräch fortzusetzen. Am Nachmittag formuliert er auf Anraten eines Anwaltes einen Antrag auf ein Disziplinarverfahren gegen sich und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen verschiedene Beamte der Schulbürokratie. Er unterlässt diese Maßnahmen jedoch, als ihm von lokalen SPD Kreisen geraten wird, sich einige Tage noch zu gedulden, da auf höchster Ebene eine Klärung zu seinen Gunsten im Gange sei. Nachzutragen ist noch, daß Rektor Schwarz trotz seines Kuraufenthaltes in großer Sorge um die ERS erfüllt sein muß. Wie anders soll man es sonst verstehen, daß er am Mittag dieses ereignisreichen Tages, zu einer Zeit, zu der sonst niemand mehr in der Schule zu erreichen ist, im Sekretariat anrief und sich erkundigte, ob an diesem ersten Tag seiner Abwesenheit besondere Vorkommnisse sich ereignet hätten?

15.2.

Magsam und Piechaczek erscheinen erneut. Sie überbringen ein Schreiben, in dem dem Kollegen Beyerle mitgeteilt wird, man erwäge "aus dienstlichen Gründen" seine Versetzung an eine Schule im Bereich des Studienseminars Büdingen - Friedberg-. Diese Versetzung war am vorhergehenden Tag von Piechaczek durch ein Gespräch im Kultusministerium mit den Herren Kollatz und Trüller abgesichert worden.

Zu dem Aufsichtsbereich Büdingen haben mehrere Beteiligte dieses Konfliktes eigentümliche Beziehungen: Kollege Katarski unterrichtete dort, bevor er aus familiären Gründen nach Dietzenbach versetzt wurde; Oberschulrat Magsam, der stolz beteuert seit über 40 Jahren im Schuldienst zu sein, verbrachte dort - ungeschoren - die Zeit des Nationalsozialismus; er verfügt dort heute noch über einen guten Ruf und eine getreue Hausmacht; endlich gibt es dort auch ein Mitglied der Synode der evangelischen Kirche, das von einem Gespräch mit einem anderen Synodalen, der zugleich höherer Beamter der Schulabteilung in Darmstadt ist, zu berichten wußte, daß die Maßnahmen gegen Beyerle und drei weitere Kollegen in Dietzenbach schon seit längerer Zeit erhoben werden.

Auf einer spontanen Zusammenkunft von Eltern, Lehrern und Schülern konstituiert sich an diesem Abend das "Aktionskomitee Thomas Beyerle", das konkrete Kampfmaßnahmen gegen die geplante Versetzung des Kollegen Beyerle und gegen alle weiteren Versuche der politischen Disziplinierung fortschrittlicher Lehrer an der ERS vorbereitet.

Bereits am Nachmittag hatte erneut der Kreisvorstand der GEW seine Solidarität mit T. Beyerle bekundet (Anlage 7).

16.2.

An der ERS kommt es zu spontanen Solidaritätsaktionen der Schüler. Angehörige der "Gruppe der 20" versuchen das mit allen Mitteln zu verhindern, indem sie sich allen Diskussionsforderungen der Schüler entziehen oder Diskussionen durch Androhung von Sanktionen zu verhindern trachten. Die Kollegen Beyerle, Weber, Hess und Katarski streiken, um eine Rücknahme der Versetzungsandrohung zu erreichen. Dieser Kampfmaßnahme schließen sich drei Kollegen in Neu Isenburg und eine Kollegin in Heusenstamm an.

Eine fortschrittliche Elterninitiative trat an diesem Tag ebenfalls an die Öffentlichkeit. Unter Hinweis darauf, wie die sich als legitimierten Interessenvertreter aller Eltern aufspielenden Jacob, Faust, Michaelsen und Co. nur ihre eigenen Interessen verfolgten, riefen sie zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung für den kommenden Montag auf. Damit wurde den fortschrittlichen Kollegen endlich auch eine breite öffentliche Unterstützung durch Teile der Elternschaft zuteil.

Auch die "Gruppe der 20" regte sich wieder: Ihr law-and-order Flugblatt (Anlage 8) versuchte die Solidarität der Schüler als einen Mißbrauch von Kindern darzustellen, gewissermaßen als den letzten Akt einer seit 6 Monaten andauernden Terrorisierung der ERS durch Linksradikale und antidemokratische Kräfte.

17.2.

Am Vormittag findet eine Protestdemonstration in Dietzenbach statt. Unter den Parolen "Weg mit dem Berufsverbot, Beyerle muß bleiben!", "Wenn die Rechte noch so hetzt, Beyerle wird nicht versetzt!", "Schluß mit der politischen Disziplinierung fortschrittlicher Lehrer!" bewiesen ca 800 Eltern, Schüler, die Lehrer der "Gruppe der 15" und viele Lehrer aus Offenbach/Stadt, Offenbach/Land und Frankfurt/M. ihre Bereitschaft zur Unterstützung des zur Zeit am meisten bedröhten Kollegen. Erstmals wieder seit mit dem KPD-Verbot von 1956 die Zerschlagung der Arbeiterbewegung ihren Höhepunkt erreichte, fand in Dietzenbach eine politische Demonstration statt, die die Solidarität mit dem Kollegen Beyerle als einen wichtigen Schritt im Kampf für die Interessen der werktätigen Bevölkerung zum Ausdruck brachte.

Teilnehmer dieser Demonstration war auch Herr Schwab, Mitglied der CDU-Fraktion des Hessischen Landtages. Schwab, der einzig diesen Samstagmorgen für seine "Recherchen" benutzte, wußte trotzdem zu berichten, daß die Demonstration "unter kräftiger Unterstützung der Mitglieder der DKP und der Linksradikalen" (Offenbach Post 23.2.73) stand. Diese nur auf Verleumdung und Diffamierung abzielenden Äußerungen zeigen, daß die "Volksvertreter" alle Aktionen der unmittelbaren Interessenvertretung durch die Betroffenen selber gefährlich sind, weil sie sich der Kontrolle und Beeinflussung durch den kapitalistischen Staat und seine Vertreter entziehen. Die Erklärung Schwabs umfaßt weiterhin das gesamte Vokabular der CDU, mit der diese fortwährend alles zu bekämpfen versucht, was auf Verbesserung für die Werktätigen abzielen könnte. Folgerichtig kann er nur sein vollstes Einverständnis mit der "Gruppe der 20" bekräftigen, da diese "beweise, daß es noch demokratische Kräfte gibt, die zu verhindern suchen, die Schulen zu politischen Kampfstätten unzufunktionieren." (a.a.O.)

18.2.

Am Wochenende läßt ein Herr Biederstedt das Flugblatt einer "Schutzgemeinschaft Ernst-Reuter-Schule" verteilen. Der Inhalt,

geschrieben im Stil von "Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden ein!", besteht aus wüsten Verleumdungen und Unterstellungen: "Das Schulaufsichtsamt hat gehandelt: Herr Beyerle wird versetzt! Seine engsten Mitarbeiter reagieren mit Kra-wall! Prügeleien mit Körperverletzung zwischen Schülern waren die Folge! Mobiliar wurde aus dem Klassenraum auf den Schulhof geworfen! Pausenuhren zerstört! Schieferplatten an den Treppenaufgängen wurden mit Spezialstiefeln mit Stahlkappen zerbrochen! SOLL DAS SO WEITERGEHEN? DIETZENBACHER BÜRGER, DAGEGEN MÜSSEN WIR UNS WEHREN!"

Ohne sich auch nur ansatzweise mit den Intentionen der Kollegen auseinanderzusetzen wird deren gesamte Arbeit abgelehnt und diffamiert: "Die Lehrer Beyerle, Heß, Katarski und Schmidt sind die Basisgruppe. Sie funktionierten die Lehrerkonkurrenz zu einem politischen Tribunal um. Durch ihr anarchistisches Verhalten wurde das Prinzip der Förderstufe ausgehöhlt. Diskussionen wurden wichtiger als Sachinformationen. Die Schüler lernten den Klassenhaß. Widerstand gegen die Eltern wurde propagiert. Der Sexualkundeunterricht näherte sich der Pornografie."

Folgerichtig endet das Hetzblatt mit dem Aufruf "Das sollten wir uns nicht gefallen lassen!" Was einem unverschleierte Aufruf zum Terror gleichkommt und die faschistische Fratze des in die Enge getriebenen Bourgeois offenbart.

Am Wochenende wurden aber endlich auch die Eltern aktiv, die die Intentionen der angegriffenen Junglehrer teilten: Es gelang, eine breite Basis für einen Schulstreik ab Montag zu mobilisieren.

## 19.2.

Der von den Eltern organisierte Schulstreik erwies sich als eine wirksame Unterstützung für die angegriffenen Junglehrer. Er wurde geführt unter der Perspektive, jede Versetzung oder Disziplinierung zu verhindern, um auch weiterhin fortschrittlichen Unterricht an der ERS zu gewährleisten. An diesem Streik, der nicht nur für Dietzenbach von außerordentlicher Bedeutung ist, beteiligten sich bis heute mehrere hundert Schüler. Es gelang den Schulbetrieb nachhaltig zu beeinflussen und damit einen machtvollen Solidaritätsbeweis der Eltern und Schüler zu erbringen.

Für den Abend hatte die "Elterninitiative" der fortschrittlichen Eltern zu einer Veranstaltung in der Hessischen Jugendbildungsstätte aufgerufen. Es erschienen ca 700 Eltern, Lehrer und Schüler.

Geht man von den zumeist schwach besuchten Klassenelternversammlungen aus, so zeigt sich der außergewöhnliche Charakter dieser Veranstaltung sehr deutlich. Neben der Solidarität für die von der Disziplinierung betroffenen Kollegen war ein wichtiges Motiv für die starke Beteiligung das Interesse an sachlichen Informationen, da den meisten Eltern längst klar geworden war, daß ihnen diese von den Elternbeiräten nicht zuteil geworden war, daß diese vielmehr ihre Position dazu mißbraucht hatten, ihre Interessen unter dem Deckmantel der allgemeinen Interessen durchzusetzen.

Drei Beiträge leiteten die Veranstaltung ein: Herr Blumenau, Elternbeirat der Klasse von Thomas Beyerle, referierte die Ereignisse seit Schuljahresbeginn und zeigte, wie Thomas Beyerle von Anfang attackiert wurde, vor allem auch durch den Rektor. Beyerle selbst versuchte seine Intentionen zu verdeutlichen und seine Erziehungsziele zu präzisieren. Schließlich ein kurzer Beitrag einer Kollegin von der "Gruppe der 15", die aufzeigte, daß die Auseinandersetzungen innerhalb des Kollegiums nicht erst am 1. September 72 begannen. Sie berichtete von ständigen Repressionen gegen fortschrittliche Kollegen während der letzten beiden Jahre.

Die Reaktionen eines Teils des Publikums auf diese Beiträge zeigte, daß vielen der anwesenden Eltern an einer sachlichen Diskussion nicht gelegen war. Mußte der Versuch, Beyerle nochmals als Pornografen zu verdächtigen, wegen seiner Lächerlichkeit schnell aufgegeben werden, artikulierten sich sehr bald eine einheitliche Front reaktionär-bürgerlicher Interessen: Rechtsanwälte, leitende Angestellte, frei Unternehmer, CDU-Stadtverordnete propagierten die Ideale der kapitalistischen Gesellschaft: soziale Marktwirtschaft, Leistung, Opferbereitschaft. CDU-Sympathisant Schwachula: "Ich bin sicher, mit Herrn Beyerle schlachten wir das falsche Schwein!", was heißen sollte, daß eigentlich der Kampf den bescheidenen Ansätzen der Hessischen Bildungsreform zu gelten habe und besonders der in ihr vermuteten Gefahren für die Interessen der Kapitalisten und ihrer Handlanger.

Die Reaktionäre wollten Köpfe rollen sehen: Besorgt um das "Wohl" ihrer Kinder geiferten sie gegen alles, was an sachlicher und rationaler Argumentation vorgetragen wurde, so z.B. gegen den Beitrag von Professor Jouhy, der sich für eine Revision bestehender Lehrinhalte einsetzte und gerade den Junglehrern das Recht der praktischen Erprobung ihres auf der Universität erworbenen theoretischen Wissens zuerkannte. Dagegen die Forderungen der Hadasch, Schwachula, Faust & Co.: Weg mit den 4 Anarchisten! Keine Experimente! Als sie aber merkten, daß sich für diese Forderungen keine Mehrheit finden würde, wurde die bekannte "demokratische" Masche abgespult: In Ton und Haltung einer BDM-Führerin erhob Frau Michaelsen den Vorwurf der Manipulation und rief zum Verlassen der Veranstaltung auf. Dadurch hatte sie das Chaos geschaffen, das den an Informationen und Diskussionen interessierten Eltern, die dieser demagogischen Rhetorik nicht gewachsen waren, keine Chance ließ.

Die "Gruppe der 20" wurde an diesem Abend mehrmals zu einer Stellungnahme aufgefordert. Sie schwieg. Ihren Coup landete sie in der chaotischen Schlußphase: Sie verteilte ein Flugblatt (Anlage 9), das die faschistoiden Tendenzen der "Schutzgemeinschaft" weit übertraf und in der bewährten Manier von "Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns" die Zerschlagung ganz Dietzenbachs zu einem einzigen Scherbenhaufen beschwor, wenn den fortschrittlichen Kollegen nicht endlich Einhalt geboten würde.

## 20.2.

Für diesen Tag hatte die Initiativgruppe für ein "Komitee Demokratische Schule" die Lehramtsreferendare zu einer Protestveranstaltung während der Seminarzeit nach Dietzenbach

aufgerufen. Diesem Aufruf folgten ca 80 Referendare, um so ihre Solidarität mit dem Kollegen Beyerle zu bekunden. Es stellte sich in der Diskussion heraus, daß in den Kollegien bis jetzt noch zu wenig Informationen vorhanden waren, um bereits zu diesem Zeitpunkt mit der Bereitschaft zu aktiven Solidaritätsaktionen eines Großteils der Lehrer rechnen zu können. Deshalb wurde beschlossen, diese Informationen in die Kollegien zu tragen, dort Diskussionen zu initiieren und auf dieser Basis zu einer erneuten Protestveranstaltung aufzurufen.

## 21.2.

Dem Kollegen Beyerle wurde eine erneute Bedenkzeit für eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Versetzung gewährt. Am Nachmittag fand das erste Gespräch zwischen Regierungsdirektor Friedrich und den am Konflikt Beteiligten statt, nachdem zuerst nur die "Gruppe der 20" zu diesem Termin eingeladen worden war. Das Gespräch wurde am 22.2. fortgesetzt, endete aber konkretes Ergebnis. In einer Presseerklärung Friedrichs heißt es dazu, daß dem Kollegen Beyerle eine erneute Bedenkzeit zu dem Versetzungsvorschlag eingeräumt worden sei, daß aber im übrigen diese Versetzung nur zum Wohle Beyerles erfolgen solle, da es nötig erscheine, ihn als einen der am meisten Angegriffenen in den Auseinandersetzungen aus der Schußlinie zu nehmen, um ihm eine erfolgreiche Beendigung seiner Ausbildung zu sichern. Die endgültige Entscheidung werde aber wohl in der nächsten Woche in Gesprächen mit dem Kultusministerium fallen.

In der Zwischenzeit sind viele Solidaritätserklärungen eingegangen, die zeigen, daß die Kollegen erkannt haben, vor welchem politischen Hintergrund die Auseinandersetzungen in Dietzenbach zu sehen sind. Stellvertretend soll hier der Text einer Resolution von Lehrern an der Wöhlerschule in Frankfurt/M. zitiert werden: "Nach dem Bekanntwerden jetzt erneut einsetzender Versuche, einzelne Kollegen durch Strafversetzung oder gar Berufsverbot unter Druck zu setzen und einzuschüchtern, erklären die in der GEW organisierten Kollegen der Wöhlerschule Frankfurt/M. und andere demokratisch gesonnene Kollegen dieser Schule ihre Solidarität mit den Bemühungen der Kollegen in Dietzenbach, sich diesen Versuchen gegenüber zu wehren. Insbesondere protestieren wir entschieden gegen die Strafversetzung von T. Beyerle. Sie bedeutet eine politische Disziplinierung fortschrittlicher Lehrer, die dazu dient, alle übrigen Lehrer, die sich für die Interessen der Werktätigen einsetzen, einzuschüchtern und stellt eine Variante eines Berufsverbotes in Hessen dar! Wir fordern: Rücknahme der Versetzungsandrohung! Für freie politische Betätigung an der Schule!"

(Dokumentation abgeschlossen am 23.2.73)

20 Thesen zum Verhältnis von Sexualität und Herrschaft

- 1 Sexuelle Unterdrückung ist nur eine Erscheinungsform der allgemeinen Unterdrückung in diesem Gesellschaftssystem.
- 2 Allgemeine Unterdrückung resultiert aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Herstellung und privater Aneignung aller Produkte: Sie hat zum Ziel, diesen Zustand zu stabilisieren.
- 3 Dieser Widerspruch konstituiert die Herrschaft des Menschen über den Menschen, der Besitzer von Produktionsmittel über die Arbeitskräfte: den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital.
- 4 Private Aneignung der Produkte läßt diese zu Waren werden, deren Tauschwert ("Geld"), nicht deren Gebrauchswert ("Nutzen") für die Produktionsmittelbesitzer von primärer Bedeutung ist.
- 5 Private Aneignung der Güter entfremdet deren Produzenten, die Arbeiter, ihrem eigenen Produkt, insofern nur Ware, nicht Gebrauchsgut, und nur für den Kapitalisten, nicht für die Gesellschaft produziert wird.
- 6 Aus der Entfremdung der Arbeit in der ~~Produktionsphase~~ Produktionssphäre resultiert die Flucht in die Konsumtionsphase "Freizeit": Der Diktatur am Arbeitsplatz steht die Demokratie des Marktes gegenüber.
- 7 Die Demokratie des Marktes ist jedoch eine scheinbare, als
  - a) nur Ware, d.h. Produkt entfremdeter Arbeit, und
  - b) nur entsprechend dem sozialen Status resp. dem Geldwert der individuellen Arbeitskraft konsumiert werden kann.
- 8 Die Entlohnung der Lohnarbeiter richtet sich nach den durchschnittlichen Reproduktionskosten, d.h. den Mitteln, die bei einem vorgegebenen gesellschaftlichen Standard zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft benötigt werden (Lebenshaltung, Kindererziehung, Bildung, Luxusgüter): Diese Reproduktionskosten bestimmen den Wert der Ware Arbeitskraft.
- 9 Aus der Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem Wert der von ihr produzierten Waren resultiert der Profit des Kapitalisten.
- 10 Die lebendige Arbeitskraft, der Mensch, stellt sich also für den Kapitalisten als Warenverhältnis dar = Verdinglichung.
- 11 Instanz der Reproduktion der Arbeitskraft ist die Ehe = Familie, die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau; dabei ist die Reproduktionssphäre den Interessen der Produktion untergeordnet.
- 12 Den in These 2 - 11 beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen bestimmte Bewußtseinsstrukturen: Die Meinung der Herrschenden ist die herrschende Meinung.
- 13 Die Frau in der Ehe = Familie ist unter kapitalistischen Verhältnissen einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt: Neben der allgemeinen - gesellschaftlichen Unterdrückung wird sie zu Zwecken der Reproduktion von ihrem Mann unterdrückt, damit dieser in der Produktion "fit sein" kann = seinerseits unterdrückt werden kann.
- 14 Die Ehe gewinnt so den Charakter eines wirtschaftlichen Vertrags, der den Profitinteressen untergeordnet ist; das Verhältnis zwischen Mann und Frau pervertiert im Kapitalismus zum Warenverhältnis.
- 15 In der Ehe = Familie spiegeln sich die Widersprüche der Produktionsverhältnisse wider: Arbeitsteilung, Ausbeutung, Entfremdung, Verdinglichung, Herrschaft des Menschen über den Menschen; dabei müssen gesellschaftliche Konflikte als persönliches Versagen X aufgefaßt werden und via Erziehung der Kinder zur entscheidenden psychischen Deformierungen führen. Voraussetzung für reibungsloses Einfügen in den kapitalistischen Ausbeutungsprozeß.
- 16 Die Entfremdung des Menschen vom Produkt seiner Arbeit entfremdet ihn darüber hinaus von seiner Arbeit, vom Menschen und sich selbst: Auch seine Sexualität kann von ihm nicht als Teilbereich seiner Persönlichkeit, sondern als Objekt, als Ding, aufgefaßt werden (s. Sprachregelung).
- 17 Dabei nimmt auch die menschliche Sexualität Warencharakter an:
  - a) Sexualität wird auf dem Markt als Ware angeboten,
  - b) Sexualität dient der Vertreibung anderer Waren,
  - c) Sexualität als Ware dient der Erhaltung der Ware Arbeitskraft (s. These 13).
- 18 Die Unterdrückung der Sexualität geschieht so auf zwei Ebenen:
  - a) indirekt durch psychische Mechanismen über die Zensur der Entfremdung und Verdinglichung,
  - b) direkt durch gesellschaftlichen Zwang, durch die Verfolgung jeder Form von Sexualität, die sich nicht in die Reproduktionsinstanz Ehe = Familie einordnen, unter die Herrschaft des Kapitalz subordinieren läßt wie: Sexualität der Kinder und Jugendlichen, nichteheliches Sexualeben, sex. Minderheiten, Kommuneformen etc.
- 19 Neben der primären Sozialisation in der Familie kommt eine wichtige Rolle in der Unterdrückung der Sexualität der Schule zu, insofern die Kinder hier eingeübt werden in Triebunterdrückung resp. Triebverzicht zu Gunsten von fremdbestimmter Arbeitsleistung.
- 20 Es ist historisch nachzuweisen, daß die Formen Sexuales und Familienlebens an den Stand der Gesellschaftsform angepaßt waren, durch diese bedingt wurden: sexuelle Unterdrückung ist nur eine Erscheinungsform des allgemeinen Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Herstellung und privater Aneignung aller Produkte.

## OFFENER BRIEF AN ALLE ELTERN IN DIETZENBACH

Liebe Eltern!

Wir - einige Lehrer der Ernst-Reuter-Schule - wählen diesen Weg, um Ihnen eine sachliche Stellungnahme gegen Angriffe der letzten Zeit zu geben.

Deshalb möchten wir Ihnen kurz unsere Unterrichtsprinzipien erklären.

## DIE RAHMENBEDINGUNGEN, UNTER DENEN UNTERRICHT STATTFINDET:

Nur ca. 7 % aller Studierender an Universitäten, Technischen Hochschulen und Pädagogischen Hochschulen sind Arbeiterkinder, aber 50 % der Bevölkerung sind Arbeiter. An diesem Verhältnis hat sich seit Jahrzehnten nur wenig geändert. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Hat denn nicht die Schule - werden Sie fragen - genau die Aufgabe, in einem demokratischen Staateswesen allen Kindern die gleiche Ausbildung zu garantieren? Versagt die Schule? Versagt der Staat? Und vor allem: wie verhalten sich die Lehrer zu diesem Widerspruch?

Was tun sie, um Arbeiterkindern die gleichen Berufschancen zu ermöglichen?

## KONKRET:

E i n Teil der Schüler kommt in die Schule und bringt folgende Voraussetzungen mit:

- sie sprechen Hochdeutsch und haben einen ausgewählten Wortschatz
- sie sind den Umgang mit Büchern gewöhnt
- sie können oft schon lesen, schreiben und rechnen
- sie sind selbstbewußt und können sich durchsetzen; sie sind die "ewigen Sieger" (das heißt, sie haben ständig Erfolge zu verzeichnen).

A n d e r e Schüler

- können nicht lesen und schreiben
- sprechen Dialekt und verstehen oft sehr viel schlechter, was der Lehrer will. Sie haben dadurch häufig schwerwiegende Mißerfolgserlebnisse
- sie sind im Unterricht verschüchtert und sagen im Unterricht fast nichts mehr. Sie bringen ihr berechtigtes Unbehagen durch Störungen des Unterrichts und Beschädigung der Schule zum Ausdruck.

Natürlich kann sich dazu ein Lehrer "neutral" verhalten. Aber was heißt das?

Er unterstützt diese soziale Ungerechtigkeit und trägt aktiv zu ihrer Verewigung bei. Wir verschließen vor diesen Fragen nicht die Augen! (Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen). Wir meinen, der Lehrer kann sich in diesem gesellschaftlichen Konflikt nicht "neutral" verhalten.

Jeder Lehrer sollte sich bewußt entscheiden! Er sollte sich fragen, wem nützt das, was ich so im Unterricht mache? Er sollte seinen Schülern sagen, welche Ursachen diese Ungleichheit hat. Er muß mit einem Wort: "Stellung nehmen"!

WAS HEISST 'STELLUNG NEHMEN' NUN PRAKTISCH IN SCHULE UND UNTERRICHT?

Ein Beispiel soll das veranschaulichen:

Der Lehrer stellt fest, daß der eine Teil seiner Klasse kein Interesse an dem Thema des Unterrichtes hat, jedoch der andere Teil, weil er die besseren Voraussetzungen hat, mitarbeiten will. Der Lehrer hat hier die Aufgabe, die benachteiligten Schüler zu befähigen, auch ihren Vorstellungen und Bedürfnissen Ausdruck zu geben. Er muß sie besonders fördern.

EIN KOMPLOTT GEGEN FORTSCHRITTLICHEN UNTERRICHT

Seit einiger Zeit erfahren wir nun von Schülern und Eltern, daß der Versuch unternommen wird, gegen einige Lehrer ein Komplott zu schmieden. Die Absicht derjenigen, die offen und versteckt an diesem Komplott mitarbeiten, ist es, diese Lehrer von der Schule zu entfernen. Es wurden daher verschiedene Personen aufgefordert, gegen die betreffenden Lehrer unauffällig belastendes Material zu suchen. Dann sollte ein Elternschulstreik inszeniert werden, um die Entfernung der betreffenden Lehrer von der Schule zu erzwingen. Die am Komplott beteiligten Personen haben dabei hinterhältig und versteckt gehandelt. Sie sind weder eine sachliche Auseinandersetzung mit den betroffenen Kollegen eingegangen, noch haben sie ihnen gegenüber etwas von ihren wahren Absichten verlauten lassen. Selbst die Eltern, die für den sogenannten Streik mittels Telefonanruf (!) gewonnen werden sollten, wurden über das eigentliche "Streik"-ziel nicht aufgeklärt.

Gezeichnet:

G. Breez

H. D. Marx

Th. Beyerle

D. Pucken

S. Fichtner

C. Runkel

H. Greiner

D. Schmidt

M. Greiner

B. Straßheim

H. Haß

R. Weber

K.-D. Katarski

M. Wirth

E. Kuna

Dietzenbach, den 2. Dezember 1972

OFFENER BRIEF AN DIE ELTERN

Aufgrund der bestehenden Konfliktsituation an der Ernst-Reuter-Schule Dietzenbach geben nachstehende Lehrer folgende Erklärung ab:

- 1) Wir stehen uneingeschränkt hinter der Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen für alle Kinder. Eine Voraussetzung hierzu ist für einige Fächer der Unterricht in Leistungskursen und Gruppen, die sich nach dem jeweiligen Leistungsstand der Schüler orientieren. Eine entscheidende Bedeutung erhalten die Liftkurse, in denen leistungsschwächere Schüler gefördert werden. Wir wissen, dass diese Organisation von Unterricht erst in den Anfängen steckt und noch verbessert werden muss.
- 2) Wir sind für eine Erziehung, die auf die Grundwerte unserer Parlamentarischen Demokratie ausgerichtet ist. Wir wollen eine kritische Auseinandersetzung mit den Problemen des Systems, in dem wir leben. Wir wehren uns aber gegen radikale Vorstellungen jeglicher Richtung.
- 3) Wir sind für eine Gesellschaft, in der Menschlichkeit, Meinungsfreiheit, soziales Verhalten, selbständiges Denken, aber auch Leistung und Verantwortlichkeit als Grundwerte ihren festen Platz haben. Diese Grundwerte bestimmen unseren erzieherischen Auftrag. So erachten wir es auch als unerlässlich, dass neben das Erlernen sozialer Verhaltensweisen eine Erziehung zur Leistungsbereitschaft zu treten hat, damit Lernen effektiver wird. In der Erziehung zu einer richtigen Einschätzung der eigenen Leistung sehen wir einen wichtigen Beitrag, den die Schule im Hinblick auf das spätere Berufsleben zu geben hat.
- 4) Wir treten ein für wissenschaftliche Fundierung des Unterrichts in allen Fächern. Die Unterrichtsthemen in Deutsch und den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern sollen so geplant sein, dass die Schüler mehrere Wege, Positionen und Meinungen kennenlernen können (dazu gehört selbstverständlich auch die Meinung des betreffenden Lehrers). Nur so können die Schüler zu Erkenntnissen kommen, die auf eigener Meinungsbildung beruhen. Jede einseitige Information dagegen manipuliert die Schüler, verhindert den Meinungsbildungsprozess und stösst bei kritischen Schülern zu Recht auf Ablehnung.

Unterzeichnet von :

E. Winkelmann, L. Müller, G. Brieger, S. Spee, K. Lössdörfer,  
R. Nold, H. Hasse, M. Goess, F. Andrews, I. Schmitt, H. Schmidt  
R. Gross, K. Raab, A. Russ, Münzart, Schwarz, Regouta, R. Baum,  
M. Rossa,

AJLE AJLE AJLE AJLE AJLE AJLE AJLE AJLE AJLE  
 Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GdW Offenbach-Land

Berufsverbot jetzt auch in Hessen ? - Der Fall Dietzenbach

Vier Kollegen an der Ernst-Reuter-Schule (ERS) Dietzenbach werden seit ca. sechs Wochen durch ein reaktionäres Komplott bedroht. Für mindestens einen von ihnen besteht die Gefahr, von dieser Schule "entfernt" zu werden. Schulamt und Staatsanwaltschaft sollen eingeschaltet und zum Handeln veranlaßt werden.

WAS IST EIGENTLICH GESCHEHEN ?

Diese Kollegen werden von bestimmten Eltern und Lehrern gleichermaßen angegriffen. Sie werden politisch angegriffen, nicht wegen ihrer pädagogischen Fähigkeiten.

Einigen Eltern paßt die ganze Richtung nicht. Sie nahmen den Sexualkundeunterricht der Kollegen zum Anlaß, um Versuche abzublocken, den Arbeiterkindern in der Schule eine bewußte und parteiliche Förderung zu verschaffen. Das Vergehen der betroffenen Kollegen besteht nämlich genau darin. Deshalb werden sie als "Linkaradikale", "Verfassungsfeinde"; "Anarchisten" und "Pornographen" unter Beschuß genommen.

Einigen Lehrern paßt es nicht, daß es in der Schule zu Kontroversen über die Frage kommt, wem die Schule nützen soll. Sie klagen über den "gestörten Arbeitsfrieden", werfen den Kollegen mangelnde "Kollegialität" vor und meinen doch nur die Friedhofsruhe einer Schule, in der alle realen Konflikte unter den Teppich gekehrt werden. Sie halten das Banner der "Leistungsbereitschaft" hoch und verbitten sich die Fragen: Leistung wofür, mit welchem Zweck, mit welchem Ziel? Das Vergehen der bedrohten Kollegen besteht also darin, daß sie dieser scheinheiligen Neutralität den Kampf angesagt haben.

Notabene: Da diese Eltern und Kollegen nicht nur objektiv am gleichen Strang ziehen, sondern auch konspirativ zusammenarbeiten (durch Materialsammlungen gegen die Kollegen, durch die Aufforderung an Schüler, die Kollegen zu bespitzeln; durch Veranstaltung von Treffs und dergleichen), ist es auch durchaus richtig, von einem Komplott zu sprechen, das mindestens mit einer politischen Maßregelung für die betroffenen Kollegen enden soll.

Darüber hinaus bleibt noch zu sagen, daß in diesem Fall höchst klare Fronten bestehen:

Es geht diesen Eltern darum, bei allen noch so minimalen Veränderungen das bisherige Schulsystem, das die bürgerliche Elitebildung begünstigt, zu erhalten. Deshalb wird vom "Wohl unserer Kinder" geredet, wenn in Wahrheit der Zugang zu Bildungsprivilegien für eine kleine Schicht gemeint ist - oder wie sonst soll man die als Zitat gekennzeichnete Überschrift "Mein Kind soll nicht wie ein Arbeiterkind behandelt werden" in der FR vom 5.12. verstehen? Dabei finden sich auch immer genügend Lehrer, die sich mit diesen Eltern verbünden, indem sie vor diesen Tatsachen einfach die Augen verschließen oder bewußt die alte Schule verteidigen.

Demgegenüber haben die vier Dietzenbacher Kollegen gefordert, daß jeder Lehrer sich bewußt entscheiden muß, daß kein Lehrer sich angesichts der in der Schule bestehenden sozialen

Ungerechtigkeit neutral verhalten kann, daß diese Entscheidung praktische Folgen im Unterricht haben muß.

Noch einmal: Genau darin besteht das "Vergehen" der angegriffenen Kollegen! Sie haben sich nicht gescheut, für die Arbeiterkinder deutlich und bewußt Partei zu ergreifen.

DIE ANTWORT AUF DIESE ENTSCHEIDUNG IST DER VERSUCH DER  
POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG!

Der Erlaß der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. 1. 1972 liefert die rechtliche Grundlage für die Entfernung "radikaler Elemente" aus dem Staatsdienst. Auf diesen Berufsverbotserlaß spielen alle politischen Vorwürfe an, die seitens der Eltern gegen die Kollegen vorgebracht werden. Allerdings, offen läßt sich dieses Berufsverbot im Augenblick wohl schwerlich durchsetzen. Deshalb wird ein Klima der Diffamierung geschaffen und der Angriff in Form allgemeiner Drohung und Vorwürfe vorgetragen.

Daher ist der Konflikt an der ERS Dietzenbach auch kein Einzelfall, der "unvorsichtige" Kollegen allein beträfe, sondern eine exemplarische Aktion; denn der Fall macht klar, daß unter den Bedingungen, die der Berufsverbotserlaß setzt, alles in der Schule gefährdet ist, was im Interesse der Arbeiterkinder die heuchlerische Norm der politischen Neutralität verletzt.

Bedroht sind daher alle Kollegen,

- die sich engagiert und ehrlich um die besondere Förderung der Arbeiterkinder bemühen (sie handeln sich nämlich den Vorwurf des "Linksradikalismus" ein);
- die Konflikte um Erziehungsziele in der Schule offen austragen und dabei Partei ergreifen (sie machen sich der Verletzung des Schulfriedens schuldig);
- die die Idee der politischen und gesellschaftlichen Neutralität der Schule ablehnen (sie müssen sich dann als "Verfassungsfeinde" abstempeln lassen);
- die gegen undemokratische Lehrer und Lehrmethoden vorgehen (sie werden der Verletzung des Kollegialitätsprinzips bezichtigt);
- die überhaupt irgendwie "auffallen" (insbesondere während der Ausbildung) - (sie müssen darauf gefaßt sein, mit den probaten Mitteln der Kontrolle durch die Ausbilder, des Beamtenrechts und der Konferenz- und Dienstordnungen mundtot gemacht zu werden)!

Die politischen Bedingungen der Lehrertätigkeit sind heute so beschaffen - und davon kann sich jeder selbst überzeugen - daß jeder, der aufzumucken wagt, jederzeit hinausgeworfen werden kann.

Deshalb und nicht nur allein wegen der Angriffe auf die Kollegen in Dietzenbach ist es notwendig, sich gegen diese Drohungen zu wehren.

Deshalb ruft der AjLE OF-Land nicht nur zur aktiven Solidarität mit den Dietzenbacher Kollegen auf, sondern fordert von allen Kollegen die gemeinsame Beratung und Organisierung von Maßnahmen gegen solche Versuche der politischen Disziplinierung. Jeder von uns kann morgen in derselben Lage sein.

Der AjLE OF-Land fordert alle Kollegen auf, am Mittwoch, dem 13. 12. 72, 20 Uhr, in der Jugendbildungsstätte Dietzenbach, Offenthaler Straße, zu diskutieren, wie wir die den vier Kollegen drohenden Diszipliniierungsmaßnahmen verhindern können und in welcher Weise der Kampf gegen das Berufsverbot geführt werden kann.

# GEW steht hinter den Dietzenbacher Junglehrern

Am 13. Dezember tagte der erweiterte Vorstand des Kreisverbandes Offenbach der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der sofort nachdem er von den Auseinandersetzungen an der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach erfahren hatte, die an dieser Auseinandersetzung Beteiligten zu dieser Vorstandssitzung eingeladen hatte.

Der GEW-Kreisvorstand bedauerte zunächst sehr, daß nur eine der beteiligten Seiten — nämlich die von einer CDU-Elterninitiative und einem Teil des Kollegiums in ungewöhnlich scharfer Weise angegriffenen vier Junglehrer — zu dieser Aussprache erschienen sei. Er hörte die betroffenen Lehrkräfte an, diskutierte die Vorkommnisse und verabschiedete einstimmig die folgende Erklärung:

„Seit mehr als sechs Wochen werden vier fortschrittliche Kollegen der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach von einem Komplott (Zitat aus einem Elternbrief) bedroht, dessen Zielsetzung eindeutig als Mindestforderung die politische Disziplinierung, das eigentliche Ziel aber die Entfernung der vier Kollegen von der Schule ist.

Die massiven Angriffe, die sowohl von Teilen der Eltern,

die sich u. a. gegen die hessische Schulpolitik wenden, als auch von Kollegen der Ernst-Reuter-Schule kommen, sind politischer Art und nicht etwa gegen mangelnde pädagogische Qualifikationen der Junglehrer gerichtet.

Zu den Vorgängen an der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach stellt der Kreisverband Offenbach-Land fest, daß er alle nicht begründeten und bewiesenen Angriffe gegen die vier betroffenen Kollegen scharf zurückweist.

daß alle dienstlichen Stellen, die bereits eingeschaltet sind, die Forderung, Versuche von Anpassung und Disziplinierung zu unterlassen,

daß der wissenschaftliche Gebrauch von Begriffen wie Klasse und Klassenkampf im Unterricht nicht gleichzusetzen sind mit einseitiger politischer Beeinflussung und nicht etwa überholte Klassenkarapfparolen darstellen (siehe auch Rahmenrichtlinien des Kultusministeriums für Deutsch und Gesellschaftslehre),

daß die Konflikte um Erziehungsziele in der Schule offen ausgetragen werden müssen,

daß dies die Parteinahme des einzelnen Kollegen erfordert, daß die Forderung, wie von reaktionärer Seite gestellt, der Lehrer habe sich politisch und gesellschaftlich neutral zu verhalten, nicht gestellt werden kann,

daß eine Auseinandersetzung mit undemokratischen Lehrern und deren Lehrmethoden kein Verstoß gegen das Prinzip der Kollegialität bedeutet.

Der Kreisverband Offenbach-Land der GEW Hessen wird mit allen ihm zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln dagegen angehen, daß fortschrittliche und politisch engagierte Kollegen als Linksradikale und als Anarchisten bezeichnet werden,

daß Eltern auf hinterhältige Art und Weise engagierte Lehrer, die ihnen unbequem geworden sind, loswerden wollen.

Daß der Leiter der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach seine vier Dietzenbacher Amtskollegen auffordert (Frankfurter Rundschau vom 5. 12. 72), ihre Kinder nicht in die Förderstufe der Ernst-Reuter-Schule zu schicken.

Der Kreisvorstand Offenbach-Land fordert den Landesvorstand auf, den Junglehrern Rechtsschutz zu gewähren.

Der Kreisvorstand Offenbach-Land verwahrt sich gegen alle Versuche, im Ministerpräsidentenbeschluß der letzten Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Darmstadt und bei der letzten Kreislehrerversammlung des Kreises Offenbach mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, nun auf kaltem Wege im Kreis Offenbach einzusetzen.“

ig

## Anlage 7

## RESOLUTION DES GEW KREISVORSTANDES OFFENBACH-LAND VOM 16. 2. 73

DIETZENBACH. In einer Sitzung am 16. Februar befaßte sich der Kreisvorsitzende der GEW Offenbach/Land mit der vom Regierungspräsidenten in Darmstadt angekündigten Versetzung des Kollegen Beyerle, Lehramtsreferendar der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach. Der Kreisvorstand der GEW stellt dazu fest:

• Formell ist bisher gegen den Kollegen Beyerle keine Maßnahme eingeleitet worden.

• Der geforderte Untersuchungsausschuß zur Klärung der Vorwürfe gegen alle am Dietzenbacher Konflikt Beteiligten ist nicht gebilligt worden.

• Die sich daraus ergebende Unruhe an den Schulen ist Folge dieser Versäumnisse. Spontane Entscheidungen einzelner sind so erklärlich.

• Bei dem am 12. Februar vom Regierungspräsidenten angestrebten pädagogischen Gespräch zwischen Oberschulrat Marsam und einem Hausjuristen einerseits und dem Kollegen Beyerle andererseits wurden die ande-

ren Junglehrer nicht zugelassen. Die für die pädagogische Ausbildung des Kollegen Beyerle Verantwortlichen im Schul- und Studienseminar zog man nicht zu diesem Gespräch zu.

• Der Kollege Beyerle hat richtig gehandelt, als er unter diesen Umständen das Gespräch abbrach.

Anstelle der von der GEW geforderten Maßnahmen

• richtet sich die Disziplinierung einseitig gegen einen der betroffenen Kollegen.

• werden die „dienstlichen Gründe“, die zur Versetzung führen sollen, nicht erklärt.

• wird der geforderte Untersuchungsausschuß nach wie vor nicht gebildet

• wird den Kreisen in Dietzenbach, deren Agitation sich gegen hessische Schulpolitik richtet, nicht begegnet.

• wird weiterhin massiv der Versuch unternommen, sich des Kollegen Beyerle ohne Diskussion und Klärung des Sachverhaltes auf undemokratische Weise zu entledigen.

Die Lehramtsreferendare haben derzeit keinerlei persönliche Interessenvertretung. Dies wäre Aufgabe des Personalsrats am Studienseminar, der noch nicht gebildet werden konnte. Aus diesen Gründen macht sich der Kreisvorstand zum Vertreter der Interessen des Kollegen Beyerle. Er fordert:

• Die Androhung der Versetzung sofort zurückzunehmen.

• Der Untersuchungsausschuß ist sofort zu bilden.

• Das Ergebnis muß der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Kreisvorstand sieht in den angeordneten Maßnahmen eindeutig eine politische Disziplinierung. Er lädt alle Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit zu einer Kreisversammlung am Freitag, 23. Februar, um 15 Uhr in das Bürgerhaus nach Hausen ein. Er fordert alle demokratischen Kräfte, den Parteien und Verbänden sowie Elternschaft auf, sich mit den Kollegen Beyerle zu solidarisieren und jeden Versuch der Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses auf das schärfste zu bekämpfen.

Gegen Verhetzung und Terror!

17.2.73

Beyerle, Heß und Kartarski mißbrauchen Schüler!

Sie sind die Drahtzieher des Konfliktes an der Ernst-Reuter-Schule!  
Der seit langem vorbereitete Konflikt wurde durch eine ungewöhnliche  
Hetzveranstaltung am 16.2.1973 zugespitzt.

Der Unterricht wurde mißbraucht  
zur Herstellung von Plakaten und Transparenten  
Die Unterrichtszeit wurde mißbraucht  
zur Anbringung der Parolen und zur Verwüstung der Schule  
Bewährte Lehrer dieser Schule werden auf Transparenten  
als Säue, Schweine und Faschisten abgemalt.

DIESE METHODEN SIND FASCHISTISCH !

Andersdenkende Schüler werden mit Schlägen bedroht!

Wann wird wieder geknuppelt?

Die Sicherheit an der Schule ist für Schüler und Lehrer nicht  
gewährleistet!

Die Ernst-Reuter-Schule wird seit 6 Monaten von linksradikalen,  
antidemokratischen Kräften systematisch terrorisiert!

Das ist der Konflikt !

Wir rufen alle verantwortungsbewußte Dietzenbacher auf, diesen  
Kräften den Kampf anzusagen!

Wir wollen eine gute Unterrichtsqualität!

Wir wollen Sicherheit und Gerechtigkeit für Ihre Kinder!

Es geht alle an, auch Ihre Kinder sind betroffen !

G R U P P E 20

## Anlage 1

Dienstliche Anweisung für alle an der Ernst-Reuter-Schule tätigen Lehrkräfte

Alle Bücher, Lehr- und Lernmittel und Arbeitsmittel, die außer den an dieser Schule eingeführten gesetzlich festgelegten Lehr- und Lernmittel Verwendung finden sollen, bedürfen für den Bereich der Förderstufe der vorherigen Genehmigung durch die Förderstufenleiter, für den Bereich der Haupt- und Realschule meiner persönlichen Genehmigung. Erst dann ist in den Fachgremien und Koordinationskonferenzen über die Verwendung dieser Mittel zu beraten. In allen Zweifelsfällen empfehle ich, mich vorher rechtzeitig zu fragen.

Ich werde in Zukunft keinen Kollegen mehr der Elternschaft und der Öffentlichkeit gegenüber decken, der den oben genannten Weisungen zuwider handelt.

gez. Schwarz

Gruppe 20 - Gruppe 20

19.7.73

1. Die Gruppe 20 ist die Mehrheit des Kollegiums der ERS.
2. Die Gruppe 20 informiert:

**Doch Radikale und Anarchisten**  
 =====

Die Ernst Reuter Schule war eine schöne Schule - sie ist demoliert!

Die ansprechenden Außenwände sind durch mannshohe Lesungen aus Sprühdosen verunstaltet worden. Die Wände der Treppenhäuser wurden mit Hetzparolen beschmiert. Schlösser wurden zerstört, Uhren aus der Wand gerissen und Wandplatten abgeschlagen. Lautsprecher, Stühle und Feuerlöschkästen wurden gewaltsam beschädigt.

Soll so der Steuergroschen des Arbeiters mißachtet werden? Zufälle? Willkür? Übermut? **N E I N !**

Hier geht es um systematischen Terror! Es handelt sich um Lehrer, die bedenkenlos von einer bestimmten Öffentlichkeit als fortschrittlich bezeichnet werden. Sie sind die Hintermänner, sie sind die Brautzieher des Konflikts an der Ernst Reuter Schule. Sie sind verantwortlich für alle Trümmerei! Sie heißen **K a t a r a - k i**, **B e y e r l e** und **H e B**. Ihre Stützen sind die DKP, Architektenkollektive (DKP-Mitglieder), Teile der SPD, Teile der Gewerkschaften, irreführende Lehrlinge, die Gruppe 15 und ortsfremde Personen.

Augenfällig ist es, daß die Solidarität im Prinzip nur von einer gleichen Minderheit und von gleichen Hetzparolen getragen wird. Daß man dabei die Tatsachen fälscht, gehört zur Strategie.

Am 16. 2. und 17. 2. 1973 haben diese radikalen Lehrer zu Gewalt gegen Sachen und Personen aufgewiegelt. Dazu mißbrauchten sie Schüler als willfährige Werkzeuge. Es gab keine spontane Plakataktion. Schüler wurden dazu gedungen. Sie wurden in einigen Fällen zu politischen Äußerungen in erpresserischer Weise gezwungen.

So konnten Lehrer als Säue, Schweine und Faschisten beschimpft werden.

Diese radikalen Lehrer benutzten die Unterrichtszeit - also Steuergelder - für ihre terroristischen Zwecke. Diese radikalen Lehrer riefen zum Streik auf. Sie organisierten auf Kosten der werktätigen Steuerzahler eine Kundgebung und eine Demonstration.

Die vordergründige Absicht war die Verhinderung der Versetzung des radikalen Beamten Beyerle. Beyerles Versetzung wurde mit dienstlichen Gründen begründet. Flugblätter der sogenannten Initiativgruppe "Komitee demokratische Schule" verkünden politische Strafversetzung.

Wo liegen die Ursachen?

Der Beamte Beyerle wiegelte Kinder in der 5. Klasse gegen Religionsunterricht auf. Diese wußten plötzlich, daß ihr Pfarrer autoritär sei und prügelt. Er benutzt das den Schulbehörden unbekanntes Notensystem von 1 - 3. Arbeiterkinder erhalten eine 1, Kapitalistenkinder erhalten eine 3. In Biologie verteilt er auf Zeugnissen Einheitsnoten. Seine Entwürfe für Sexualkunde (Grischa-Geschichten) zielen auf Kinderverführung ab. Rechtschreibung ist für den Beamten Beyerle ein Machtmittel der herrschenden Klassen.

Eine Gruppe von 20 Lehrern hat frühzeitig den Kampf gegen diese angeblich arbeiternützlichen Methoden begonnen.

Dieser Kampf wird heute geführt gegen alle, die unter dem Vorwand von Demokratisierung und Chancengleichheit für Arbeiterkinder die Schule zerstören.

Ihre Führer sind Beyerle, Katarski und Heß.

Unser Protest gegen strategisch ausgeklügelten Klassenkampf in der Schule wird heute nicht mehr überhört. Es mehren sich die, die weiteren Terror verhindern wollen.

Es mehren sich die, die nicht wollen, daß Kinder Werkzeuge und Opfer von radikalen Lehrern werden. Es mehren sich die, die begreifen, daß eine Schule, daß ein Bildungssystem von radikalen, antidemokratischen Kräften zerstört wird. Das zeigen die vielen, wirklich spontanen Solidaritätserklärungen für die Gruppe 20 und für die von uns allen gewählte parlamentarische Demokratie.

Aber noch immer gibt es Sympatisanten für den Terror!

Welche Ziele verfolgen diese?

Bürger, seht Euch Euere Schule an.

Wann wird Abstand vom Terror und Zerstören genommen?

Wie wollen die Radikalen glaubhaft machen, daß es ihnen um eine demokratische Schule geht?

Sie haben jedenfalls schon viele Trümmernitzuverantworten!

Es reicht! Der Scherbenhaufen ist bereits groß genug!

Bekunden Sie uns Ihre Solidarität, sonst wird bald ganz Dietzenbach ein Scherbenhaufen sein!

Kontaktadresse: "Gruppe 20"  
6051 Dietzenbach-Steinberg,  
Postfach 2089

# ZU DEN RAHMENBEDINGUNGEN VON SCHULKONFLIKTEN

## PÄDAGOGISCHER UND POLITISCHER KONFLIKT

Demjenigen, der nicht genauer über den Dietzenbacher Schulkonflikt informiert ist, könnte es scheinen, als ob es hierbei im wesentlichen um bestimmte pädagogische Maßnahmen ginge, um bestimmte Äußerungen, bestimmte Verhaltensweisen einiger Junglehrer. Sexualkundeunterricht mit Kursbuch 17-Texten wird befehdet, Arbeiterkinder sollen bevorzugt worden sein, "Klassenkampfparolen" seien ausgestreut worden. Andererseits ist bekannt, daß sich ein ganzer Ort in verschiedene Lager gespalten hat, daß die Parteien und ihre Schulpolitik im Hintergrund zur Debatte stehen. Der Konflikt in Dietzenbach scheint sich also vordergründig zwischen Pädagogik und Politik unentwirrbar hin und her zu bewegen. Betrachten wir die Sache näher.

Was in Dietzenbach der Fall ist, hat besondere Züge, ist aber überall der Fall. Dies deswegen, weil grundlegende allgemeinpolitische und bildungspolitische Hintergründe die Schulszene bestimmen. Jedermann ist bekannt, daß das Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche in den letzten Jahren besonders auch die Schule berührt hat. War es dem Kapital und seinen Hausparteien CDU und FDP anfangs der 50iger Jahre gelungen, nach der Restaurierung des althergebrachten dreigliedrigen Schulwesens auch jegliche Kritik am Klassencharakter der Schule in Antikommunismus und Partnerschaftsideologie zu ersticken, so brachen doch die grundlegenden Widersprüche der Schule zwangsläufig mit der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche wieder auf.

Die Wirklichkeit drängte zum Gedanken und offenbarte, daß nach wie vor, obwohl angeblich jeder ein "Recht auf Bildung" hat, doch die Mehrheit der Bevölkerung, eben die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, von einer umfassenden Bildung ausgeschlossen bleiben. Die 6% Arbeiterkinder auf den Universitäten sind hier nur ein Indiz. Viel wesentlicher sind die unterschiedlichen Bildungsziele ("volkstümliche Bildung" für die Hauptschule), die materielle Benachteiligung der Hauptschulen, die katastrophale Berufsausbildung. Offenbar wurde auch der ideologische Charakter der Unterrichtsinhalte, die im wesentlichen nichts anderes bezweckten, als die Schüler ihren tatsächlichen Interessen zu entfremden, sie mit Gemeinwohl- und Partnerschaftsideologie zu verseuchen, sie auf Antikommunismus zu trimmen. Das Ziel ist deutlich: Willige Arbeitskräfte in der Hand der Unternehmer, denen auch nur das Denken an andere Verhältnisse verbaut sein soll.

Aufgedeckt wurde auch der autoritäre Charakter der Schule: Schülern und Lehrern werden elementare demokratische Rechte vorenthalten. Die Schüler sind immer noch prügeln und autoritären Lehrern und Rektoren ausgesetzt, die Lehrer werden durchs Beamtentum geknebelt. Erziehung zur Anpassung ist die Folge.

Aus der Kritik dieses Schulwesens, welches zu Recht als Schule

im Dienste des Kapitals, im Dienste der Privilegierten in dieser Gesellschaft bezeichnet werden kann, folgten zahlreiche und unterschiedliche Vorstellungen und Initiativen der Veränderung, der Reform. Fortschrittliche Lehrer versuchten andere, demokratische Unterrichtsformen, traten reaktionären Lehrinhalten entgegen und gerieten so notwendig in Konflikte mit den Kräften des status quo in Kollegium, Schulbürokratie und Parteien. Das gleiche passierte den Schülern, die "nicht mehr mitmachen!". Es entstand so in Verbindung mit den sich verschärfenden Konflikten in allen gesellschaftlichen Bereichen die Kontroverse um das Bildungswesen, auf deren einer Seite wir die demokratischen und sozialistischen Kräfte vorfinden, die sich für eine Schule im Interesse der Werktätigen einsetzen und auf der anderen Seite die reaktionären Kräfte, die nach wie vor für die Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs und gegen die Demokratie im Schulwesen eintreten. Die SPD nahm zunächst nach außen und verbal eine positive Haltung zur Veränderung der Schule ein. Dies, obwohl die maßgebliche Linie der SPD stets nur die "Modernisierung" der Schule, d.h. ihre Anpassung an neue wirtschaftliche Gegebenheiten intendierte, obwohl ihre Gesamtschulkonzeption lediglich die bessere Auslese der "Tüchtigen" anstrebt. Jedem ist die zeitweilige Reformeuphorie der Sozialdemokratie bekannt, die sich in zahlreichen Reformprojekten niederschlug. Diese Haltung, wesentlich ein taktisches Eingehen auf die demokratische Bewegung im Bildungswesen zwecks Integration dieser Kräfte und darüberhinaus eine Konzession an die fortschrittliche Stimmung der eigenen Mitgliedschaft, ermöglichte jedoch für eine gewisse Zeit gewisse Spielräume für die Bewegung im Ausbildungssektor.

#### DIE SITUATION IM BILDUNGSWESEN HEUTE

Heute ist die Situation jedoch in verschiedener Hinsicht verändert. Einmal haben sich alle wesentlichen Reformprojekte der Sozialdemokratie, insbesondere die "große Bildungsreform", nach vier Jahren SPD-Regierung in Luft aufgelöst. Die fortschrittliche Tünche blättert ab. Die Schulmisere bleibt bestehen, Finanzmittel werden sogar noch gestrichen. Statt Chancengleichheit heißt die Parole heute "Verwaltung des Mangels". Investiert wird nur noch da, wo unmittelbarer Profit abspringt, z.B. in der Berufsausbildung, die in ihrem Wesen nicht verändert, sondern effektiviert werden soll. "Revision der Unterrichtsinhalte" heißt heute konkret Wehrkundeunterricht und "mehr Demokratie wagen" heißt heute Berufsverbot und Disziplinierung von Lehrenden und Lernenden. Nicht zuletzt deshalb war Bildungspolitik kein Wahlkampfthema, denn die Positionen von SPD und CDU haben sich auf Bundesebene nahezu angeglichen.

Bildungspolitik heißt deshalb heute für die SPD: keine progressiven Parolen mehr - sonst bringen wir etwas ins Spiel, was längst abgeschrieben ist. Ja keinen großen Wind mehr von Bildungsreform, sonst rühren wir etwas auf, wo jeder unser Versegeln kennt. Bildungspolitik heißt heute deshalb konkret: Verwaltung des Mangels, Effektivierung, Straffung des Bildungswesens - sowie Disziplinierung derjenigen Kräfte, die sich damit nicht abfinden oder nach wie vor für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes im Schulwesen eintreten.

Damit sind wir beim zweiten wesentlichen Punkt der heutigen Situation: Berufsverbot und politische Disziplinierung für fortschrittliche Lehrende und Lernende. Diese Maßnahmen haben zwei miteinander verknüpfte Ursachen:

Zum einen versucht das Kapital, sein Anhang und die bürgerlichen Parteien, den Staatsapparat "auszurichten", ihn von allen Elementen zu säubern, die im Zweifelsfall für die Arbeiterklasse und die Volksmassen Partei ergreifen könnten. Die Bourgeoisie und ihre Vertreter sehen nämlich deutlich, daß sie unruhigen Zeiten, sich verschärfenden Krisen und einer sich wieder formierenden Arbeiterklasse entgegengehen. Deshalb muß der Staatsapparat funktionsfähig im Sinne der Unterdrückung sein, deshalb müssen die gesetzlichen Grundlagen für Unterdrückungsmaßnahmen über das KPD-Verbot hinaus geschaffen werden: Notstandsgesetze, Ausländerrecht, Berufsverbot etc..

Zum anderen reagiert das Berufsverbot nicht nur präventiv, sondern auch aktuell auf bestimmte, für die Sachwalter der Kapitalinteressen mißliche Erscheinungen im Staats- und Beamtensystem. Zunehmend größere Teile der demokratischen Bewegung im Ausbildungssektor haben im Prozeß des Scheiterns der Reform Lernprozesse durchgemacht und sich von linksliberalen, utopischen und reformgläubigen Positionen zur Erkenntnis grundlegender Widersprüche der Gesellschaft und der Schule heraufgearbeitet. Sie erkennen die Ursachen für den heutigen Zustand der Schule, Ursachen, die aus dem Charakter dieser Gesellschaft und den in ihr bestimmenden Interessen herrühren.

Kurz: Sie sehen, daß zu einer Gesellschaft, die in Klassen gespalten ist, in der Ausbeutung besteht, in der die arbeitenden Massen nicht über Produktion und Lebensweise bestimmen - daß zu einer solchen Gesellschaft auch eine Schule gehört, die die Mehrzahl der Kinder nur zu willigen Arbeitskräften erzieht, die ihnen die Einsicht in ihre spätere Lage verbauen will und ihnen ein Verhalten antrainiert, das zu einer willigen Arbeitskraft paßt: Gehorsam, Fleiß und "einfaches" Weltverstehen.

Wer diese Zusammenhänge aber sieht und sich ihnen nicht fügt, der ist für die Schule, für ein Lehramt nicht tragbar. Und weil es immer mehr Lehrer gibt, die sich nicht fügen wollen, die sich nicht gegen die Interessen der Werktätigen mißbrauchen lassen wollen - darum gibt es auch die aktuelle Notwendigkeit des Berufsverbots im Kapitalinteresse.

Dabei schert es die Herren Ministerpräsidenten wenig, daß dabei Verfassungsprinzipien verletzt werden, daß die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt wird, daß Willkür und portugiesische Zustände einreißen. Unsere "Hüter der freiheitlich demokratischen Grundordnung" zeigen damit, daß sie die Verfassung nach Opportunitäts Gesichtspunkten handhaben - nach Gesichtspunkten des Klassenkampfes. Die SPD als Mitinitiator des Berufsverbots hat damit zu erkennen gegeben, daß sie nicht mehr auf die Integration der fortschrittlichen Lehrer setzt, sondern - obwohl es ihrem Image schadet und erhebliche innerparteiliche Unruhe hervorruft - gewillt ist, "hart durchzugreifen".

Vor diesem Hintergrund wittert die äußerste Reaktion, gruppiert um CDU und CSU, wieder Morgenluft in der Bildungspolitik. Zu Hochzeiten der Bildungsreformdebatte schien es so, daß diese Kräfte vollständig abgewirtschaftet hätten. Denn sie hatten ja vor allem den sog. Bildungsnotstand zu verantworten. Außerdem zeigten sie sich in der Reformdebatte außerordentlich hilflos. Die SPD konnte sich deshalb

damals an einem denkbar schwachen Gegner profilieren. Heute sieht sich die Reaktion durch das Scheitern der SPD-Bildungsreform bestätigt, wenn sie damals das "realistisch Machbare" beschwor und die Konservierung der Klassenschule meinte. Heute wo die SPD-Reformer nur noch nach einem günstigen Abgang von der Reform Ausschau halten, geht die offene Reaktion wieder in die Offensive. Sie preist sich als die "realistischen Reformer" an, sie geht voran in der "Reform der Reform", d.h. in der Rücknahme fortschrittlicher Konzepte, sie geht voran im Roll back gegen Positionen der demokratischen Bewegung im Ausbildungssektor.

Schien die CDU/CSU damals hoffnungslos zurückgeblieben, so erscheint sie heute als die konsequentere SPD: Ist die SPD noch bestrebt, nicht völlig als Reformgesicht zu verlieren und somit in gewisser Beziehung zaudernd bei der "Reform der Reform", so kann die CDU befreit wie Hase und Igel rufen: "Ich bin schon da!", wenn die SPD sich endlich durchgerungen hat: Zurück nämlich zur Schulmisere, zur Klassenschule, zur Verdummungsanstalt.

Diese Offensive der Reaktion wird auf regionaler Ebene vor allem auch mit dem Instrument von rechten Elterninitiativen und Pressekampagnen durchgeführt. Ihre Ziele sind klar: Beschleunigung des Roll back durch Angriff auf fortschrittliche Lehrinhalte und auf fortschrittliche Lehrer. In ihren Methoden sind sie nicht wählerisch. Mit diesen Initiativen - auch unter der Schülerschaft - wird in der kommenden Zeit verstärkt zu rechnen sein.

#### HESSISCHE BESONDERHEITEN

Für Hessen gelten gewisse Modifikationen dieser Tendenzen, die bedeutsam für den Dietzenbacher Konflikt werden. Hessen gilt als Mekka der Bildungsreform, die hessische SPD hat einen starken linken Flügel, der die offizielle Landespolitik gerade in Kultusbelangen beeinflusst. AUS DIESEN Gründen gibt es in Hessen bisher noch mehr Spielräume für demokratische und sozialistische Lehrer als in anderen Bundesländern, gibt es hier bescheidene Ansätze sozialdemokratischer Schulreform. Die hessischen Rahmenrichtlinien sollen hier als Beispiel dienen. Andererseits zeigt die hessische Bildungspolitik auch sehr deutlich das oben beschriebene Dilemma der SPD: Auf dem Rückzug von der Reform tut sich Hessens SPD besonders schwer. Obwohl auch sie weiß, daß der Reformzug abgefahren ist, muß sie in Berücksichtigung ihres fortschrittlichen Images und der linken SPD-Fraktion eine besondere Variante des Rückzugs von der Reform entwickeln. Im Gegensatz zu Berlin oder Hamburg, wo SPD-Kultussenatoren offen zum Roll back angetreten sind, wartet man in Hessen stets auf "bundeseinheitliche Regelungen" - in der Regel reaktionäre Positionen z.B. HRG oder Bildungsgesamtplanentwürfe - oder auf "Druck von außen", um sich selbst scheinbar schuldlos und nach wie vor reformwillig, von der Reform zurückzuziehen.

Diese Konstellation trifft auch auf die politische Disziplinierung im Hessenlande zu. In Hessen wird das Berufsverbot bisher noch sehr zurückhaltend durchgeführt. Die hessische SPD ist zwar nicht grundsätzlich gegen die Einschränkung demokratischer Rechte für Beamte, befürwortet jedoch und praktiziert eine Verfahrensweise, die den Nachweis der "Verfassungsfeindlichkeit" dem Arbeitgeber aufbürdet, wie es rechts-

staatlichen Prinzipien entspricht. Dadurch sind in Hessen bisher noch keine Fälle eingerissen, wo mit der Willkürargumentation, der betreffende Beamte biete keine Gewähr für ein jederzeitiges Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das Berufsverbot praktiziert worden wäre. In Hessen ist stattdessen bisher die schleichende Form des Berufsverbots über Versetzung und spätere Nichtaufnahme ins Beamtenverhältnis die Regel, wie sich auch am Fall T. Beyerle zeigt.

Die Pointe dieses Verfahrens ist jedoch diese: Wenn bisher noch nicht die rigide Praxis des Berufsverbots gehandhabt wird (also nicht aufgrund konkreten Verhaltens, sondern aufgrund von Mitgliedschaft in politischen Organisationen etc.), dann ist Voraussetzung einer Disziplinierung ein Konflikt an der Schule selbst. Dann muß durch den betreffenden Lehrer angeblich der Schulfriede oder die sog. Kollegialität gestört sein, dann müssen "mangelnde" pädagogische Qualifikationen vorge-schoben werden.

Hier haben die reaktionären Initiativen die besondere Funktion, solche Konflikte zu provozieren und zu eskalieren, um damit der Schulbürokratie Grund zum disziplinarischen Eingreifen zu geben. Hier haben solche Initiativen die weitere Aufgabe, speziell bei fortschrittlichen Lehrern sog. pädagogische Konflikte anzuzetteln, um der Schulbürokratie die Argumente zu liefern.



Die Taktik der reaktionären Mafia in Dietzenbach ist vor diesem Hintergrund folgerichtig und geschickt zugleich: Sie verbindet den Angriff auf fortschrittliche Lehrer mit dem Angriff auf bestimmte Lehrinhalte (Sexualkunde, Sozialkunde). Sie trifft damit sowohl bestimmte Reformansätze (Rahmenrichtlinien, Schulbücher) als sie auch die entsprechenden Lehrer ins Gerede bringt. Sie eskaliert den Konflikt, so daß der "Schulfrieden" in Gefahr gerät. Die Kultusbürokratie stellt den Schulfrieden wieder her, indem sie die betreffenden Lehrer versetzt. Die Reaktion hätte damit sowohl die Reformansätze bekämpft als auch einen linken Lehrer herauskatapultiert - ein schöner Erfolg!

Die Reaktion hat dabei - wie gezeigt - gute Erfolgschancen, weil die sozialdemokratische Schulpolitik diesem Treiben untätig und defensiv gegenübersteht, weil die Schulbürokratie - selbst mit der CDU-Reaktion mannigfaltig personell verquickt - solche Anlässe aufgreift, um Disziplinierungen, um das "Hessische Berufsverbot" durchzuführen.

Diejenigen, die sich nach wie vor für die schulpolitischen Interessen der Werktätigen einsetzen, die fortschrittlichen Eltern, Lehrer und Schüler, werden in solchen Konflikten deshalb auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein. An der Schule wie im Betrieb: Die Politik der Sozialdemokratie wird den berechtigten Forderungen und Interessen der Betroffenen in den Rücken fallen. Deshalb - und das zeigen die zunehmenden Demonstrationen und Initiativen gegen die Bildungsmisere an Schule und Hochschule - müssen alle fortschrittlichen Eltern, Lehrer und Schüler die Front gegen Schulreaktion und Bildungsprivileg, gegen politische Disziplinierung und für fortschrittlichen Unterricht selbständig organisieren - jetzt!

# REAKTIONÄRE SCHULPOLITIK DER CDU IN HESSEN

Die Entwicklung einer fortschrittlichen Bewegung im Bildungswesen zwingt die Reaktion, konkret eine privilegierte Minderheit (Unternehmer, leitende Angestellte, einige Rechtsanwälte) und die CDU, die deren Interessen am offensten vertritt, "unter das Volk zu gehen" (Barzel) Das ist exemplarisch am Fall Dietzenbach, Exemplarisch ist auch das durchsichtig undurchsichtige Zusammenspiel zwischen dieser Elternclique und der Schulbürokratie, Die Reaktion hat, wie ein Elternsprecher auf der Elternversammlung am 19.2. in der Jugendbildungsstätte in Dietzenbach erläuterte, den besseren Draht zum Regierungspräsidenten, woran deutlich wird, wie die Schulbürokratie mit der CDU-Elterninitiative kollaboriert. Die Elternbeiräte der Klasse, in der Lehrer unterrichtet hatte, der mit Versetzung bedroht wurde, bekamen keine Informationen.

Die Front der Biedermänner, die auf der Elternversammlung sich gegen fortschrittliche Eltern nicht genug tun konnte in der Betonung ihres demokratischen Anspruches ("Auch wir sind für Chancengleichheit", CDU-Funktionär und Rechtsanwalt Faust) und in ihren Flugblättern alle Mittel der Demagogie anwendet, ist die Dietzenbacher Version der auf Landesebene operierenden Allianz von hessischem Elternverein, CDU und neuerdings des Landeselternbeirats. Diese Allianz ist die aus den Wahlen bekannte Einheit von konservativen Eltern-Bürger- und Unternehmerinitiative mit ihrer Hauspartei der CDU. Der Kampf geht weiter. Der hessische Elternverein wird mitfinanziert von der frankfurter CDU-Clique 'Adel und Banken', die während der Wahlen die Beziehung zwischen CDU, Großindustrie und Hochfinanz koordiniert hat. (Vgl. Der Spiegel, 50/72 und 42/72) und kürzlich bei den Auseinandersetzungen um das Historische Museum in Frankfurt hervorgetreten ist, um eine kompromißlose Darstellung der Geschichte aus der Sicht der jeweil Herrschenden durchzusetzen. Offiziell hat aber diese Tarnorganisation von Gnaden des big business "den Zweck, die Beteiligung der Elternschaft an bildungspolitischen Entscheidungen zu fördern durch Information und Beratung der nicht prozessfähigen Schul- und Kreiselternbeiräte und der Eltern. Insbesondere soll für durch Beruf gebundene Eltern und Elternvertreter die Urteilsbildung erleichtert werden durch einen Erfahrungsaustausch der einzelnen hessischen Schulbezirke zu bildungspolitischen Fragen sowie durch die Publizierung wissenschaftlicher Untersuchungen und bildungspolitischer Meinungen." (Elternbrief 1/72) Der hessische Elternverein hat im Verlauf des letzten Jahres 7-8 Bezirksstellen gegründet und" arbeitet dabei zusammen mit Wissenschaft, Wirtschaft und den zuständigen Behörden, sowie politischen Gremien", (Elternbrief 1/72) sammelt Spenden und Mindestbeiträge auch von juristischen Personen (IHK). Er gibt Informationsblätter heraus und unterstützt Aktionen in den einzelnen Bezirksgruppen. Die Zielsetzung, wie sie aus den bisher veröffentlichten Elternbriefen und der während der Wahlen veröffentlichten ganzseitigen Zeitungsanzeigen sich ergibt, ist die Aufrechterhaltung des uneinheitlichen Schulsystems, insbesondere des humanistischen Gymnasiums, die Kontrolle über die Unterrichtsinhalte (Unterrichtsmaterialien, Schulbücher) in Sozialkunde, Deutsch und Gesellschaftslehre. "Die Toleranz als Grundsatz allen Unterrichtens muß bedingungslos eingehalten und die staatliche Schulpflicht nicht zu politischer Indoktrinierung mißbraucht werden. Hierbei kommt dem Elternrecht über Mitbestimmung im Unter-

richt und über Lehrinhalte entscheidende Bedeutung zu." (EB 1/72) Der Anspruch auf Allgemeingültigkeit wird durch Berufung auf Demokratie, Wissenschaft und Fachkreise und die Verfassung zu begründen versucht. Oberste Richtschnur sollen das Elternrecht und das Wohl des Kindes sein. In der Bildungspolitik hatte die Berufung auf das Elternrecht bis jetzt immer nur die Funktion, konservative Positionen zu bestärken und durchzusetzen (Konfessionsschule, Dreiklassenschuleystem) und das Wohl des Kindes spielt in diesen Kreisen immer dann eine Rolle, wenn es darum geht, für Interessen einzutreten, die nur die Interessen von Wenigen sein können (Privatschule, humanistisches Gymnasium).

Erste Anzeichen einer recht parteilichen Interpretation werden erkennbar, wenn im Elternbrief 2/72 und 1/73 das Sozialkundebuch von George/Killigen unter Berufung auf Fachkreise für Verfassungswidrig erklärt und gleichzeitig verschwiegen wird, daß es sich bei den Fachkreisen um niemand anders als die Herren Dregger und Wallmann handelt. Noch deutlicher wird dieser Sachverhalt, daß die Sonderinteressen einer Minderheit gegen die große Mehrheit der Eltern durchgesetzt werden sollen in der konzertierten Aktion von hessischem Elternverein, Landeselternbeirat und hessischer CDU gegen die Rahmenrichtlinien in Deutsch und Gesellschaftslehre. Weil mit ihnen das bisherige Monopol auf eine ausschließliche Erziehung im Sinne einer privilegierten Minderheit in Frage gestellt wird, erhebt der Landeselternbeirat verfassungsrechtliche Bedenken (FR vom 17.2.73) und Dregger nimmt die Behauptung der WELT vom 7.2.73 auf und verspricht eine "Informationskampagne zum Thema Marxistischer Indoktrinierung der Schüler in hessischen Schulen zu starten", da die Landesregierung nach seiner Meinung "immer mehr den Klassenkampf in die Schulen trägt". (FR vom 19.2.73)

Den Schulkampf führt die Reaktion natürlich nur unter den allerhöchsten Prinzipien. Da nicht durchsichtig werden darf, daß hier die Sonderinteressen einer Elternminderheit der Mehrheit aufgezungen werden sollen, daß sich an der bisherigen Praxis in der Schule kein Jota ändern darf, müssen die Privatinteressen mit allgemeinen Sprüchen verteidigt werden. Jeder Versuch, sie auf konkrete Interessen der Mehrheit der Eltern und ihrer Kinder zu beziehen, bringt die reaktionäre Minderheit in ein Dilemma. Entweder sie muß ihr Klasseninteresse offen eingestehen und dann läßt es sich gegen die arbeitende Bevölkerung nur gewaltsam durchsetzen, oder sie muß den widersprüchlichen Versuch machen, die Bevölkerung gegen deren Interessen für sich zu mobilisieren. Welche Mittel sie dabei benutzt, wenn sie sich auf eine direkte Auseinandersetzung einläßt und dazu auch gezwungen ist, da in einer direkten Konfrontation die allgemeinen Prinzipien der Elternbriefe und Pressekampagnen nicht mehr ausreichen, läßt sich an der zweiten Dietzenbacher Elternversammlung ablesen.

Die angegriffenen Lehrer hatten erklärt, daß sie mit ihrem Unterricht die Kinder der arbeitenden Bevölkerung fördern wollten. Die Eltern, gerade auch die Elternbeiräte der Klassen, in denen die von der Reaktion angegriffenen Lehrer Klassenlehrer waren, hatten sich mit ihnen solidarisiert, an Protestveranstaltungen teilgenommen, zum Unterrichtsboykott aufgerufen und auch die Elternversammlung einberufen und organisiert, auf der Maßnahmen zur Unterstützung des mit Versetzung bedrohten Lehrers beraten sollten. Wie hat nun die Reaktion versucht, ihre Vorstellung unter die Leute zu bringen? Der Unternehmer Hadassah gab sich um das Wohl der Kinder besorgt, die er als Erwachsene später kommandiert. Er warnte vor dem Chaos,

sah die Demokratie mit Faschismus bedroht und erklärte, daß er dem Direktor keinen seiner Betriebe anvertrauen würde, da er die Ruhe an der Schule nicht habe herstellen können. Er warnte vor Indoktrination und Manipulation der Kinder, obwohl er mit dieser Warnung doch nichts anderes im Sinne hatte, als die erwachsenen Eltern zu manipulieren, um sie von ihrer Unterstützung für die streikenden Lehrer abzubringen. Er hat einen Antrag auf Versetzung aller tischen Prinzipien verkündet und dafür den meisten Beifall erhalten. Der nächste Herr, E. v. Kiesling, leitender Angestellter, sah nur drei Möglichkeiten: faulenzten und verhungern, stehlen oder et- kundeunterrichts heraufkommen, die Leistung nur garantiert, wenn die angegriffenen Lehrer von der Schule verschwänden. Der Herr Rechtsanwalt Faust, CDU-Stadtverordneter, pries sich, da er angeblich Arbeiterkind sei, als lebendigen Beweis für die Chancengleichheit aller Schüler und die Qualität des traditionellen Unterrichts an.

Der nächste Herr, Schwachula, leitender Angestellter einer großen Bank, konnte keinen Unterschied zwischen sich und z.B. einem Arbeiter erkennen, da er 60 Stunden in der Woche arbeite. Die Standesunterschiede würden von einigen Lehrern betont, um die arbeitende Bevölkerung zu diffamieren. Er gab zu erkennen, daß er eigentlich weniger den Lehrer geliefert sehen wolle, der den Sexualkundeunterricht gehalten hatte, "er wolle" das richtige Schwein "geschlachtet sehen. Alle Herren sahen eigentlich alle möglichen Gefahren, besonders für den Bestand "unserer sozialen Marktwirtschaft".

Dadurch, daß einige Lehrer den Versuch gemacht hätten, sich der politischen Instrumentalisierung im Sinne dieser Herren zu entziehen, sahen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, verstaubte Klassenkampffideen aus dem 19. Jahrhundert wiederbeleben zu wollen - so, die anderen ergänzend und zusammenfassend, ein CDU-Funktionär. Demokratie ist es nach dem Vortande und den Interessen dieser Herren, wenn der Kampf nur in ihrem Sinne geführt wird. Der Kampf fortschrittlicher Eltern, Lehrer und Schüler dagegen soll ein für alle mal der Vergangenheit angehören. Gegen den regional koordinierten Kampf zur bedingungslosen Aufrechterhaltung der Privilegienherrschaft und um die Propagierung und Indoktrinierung der Gedanken, die sie stützen, muß die große Mehrheit der Bevölkerung an der Schule zusammen mit fortschrittlichen Lehrern, auch im 20. Jahrhundert, den Kampf zur Durchsetzung ihrer Interessen organisieren. Wenn fortschrittliche Eltern, Lehrer und Schüler nicht von der Reaktion untergebuttert werden wollen, müssen sie politisch handeln, gegen den organisierten Kampf der Schulreaktion und die von der Großindustrie finanzierten Elternvereine den Kampf für ihre Interessen als werktätige setzten, Alle, die gegen die politische Disziplinierung von Lehrern sind, die nicht nur die Benachteiligung ihrer Kinder eintreten, die sich gegen die politische Indoktrination an der Schule wehren und einen fortschrittlichen Unterricht fordern, müssen sich zusammenschließen.

# MACHENSCHAFTEN DER CDU-INITIATIVE IN DIETZENBACH

" Ich will nicht, daß mein Kind behandelt wird wie ein Arbeiterkind. Ich will ihm eine meiner Stellung entsprechende Bildung zukommen lassen". ( FR vom 5.12.72) Dieser Ausspruch des Vorsitzenden des Schulelternbeirats der ERS, Jacob, bezeichnet sehr präzise den Dreh- und Angelpunkt der CDU-Elterninitiative: Das Interesse an einer privilegierten Ausbildung ihrer Kinder. Die Forderung dieses illustren Kreises hätte eigentlich lauten sollen: ich will, daß mein Kind wie ein zukünftiger Rechtsanwalt, Doktor, Unternehmer usw. behandelt wird, denn diese ' Stellung' haben die in der CDU-Elterninitiative zusammengeschlossenen Väter.

Hellhörig wurden die CDU-Eltern und ihr Anhang, als sie erfuhren, daß an der ERS einige Lehrer unterrichteten, die gerade auf diesen Umstand, nämlich auf das gesellschaftlich bedingte Vorhandensein unterschiedlicher 'Stellungen' der Eltern, d.h. auf das Vorhandensein verschiedener Klassen und damit auch auch auf verschiedene Klasseninteressen als ein reales Problem ungleicher Ausgangsbedingungen der Schüler im Unterricht aufmerksam machten.

Nach dem Motto : daß nicht sein kann, was aus der Sicht der CDU-Elterninitiative nicht sein darf, bemängelt Jacob (Mitinitiator der CDU-Elterninitiative) , daß Kinder mit " überholten Klassenkampfpaparen" in der ERS von einigen Lehrern verwirrt werden (Of-Post vom 8.12.72) ohne wohl zu merken, daß der Anspruch eine 'Stellung' -gemäße und das heißt wohl eine klassen-gemäße Ausbildung für seine Kinder eine Klassenkampfansage von 'oben' ist! Oben! ist die Stellung der CDU-Elterninitiative, 'oben! ist auch der Ort der geheimen Verhandlungen dieser Eltern, nämlich auf dem Hexenberg - die feine Bungalowsiedlung in Dietzenbach- und nach oben, zur Staatsanwaltschaft und zum Regierungspräsidium, nimmt die Initiative im Schulkonflikt ihre Kontakte auf, um die unbequemen Lehrer von der Schule zu vertreiben, denn " es muß was geschehen".

Nach dem Lehrsatz des Heiligen Ignatius von Loyola, der 'Zweck heiligt die Mittel', geht die christdemokratische Elterninitiative ans Werk. Der Zweck ist von vorne herein, die vier unliebsamen Lehrer von der Schule wegzubekommen. Die 'geheiligten' Mittel sind: Mäuscherei, Verleumdung und Aufforderung zu Bespitzelung der vier Lehrer durch Schulkinder und Eltern.

Als Aufhänger des Angriffs wird der Sexualkundeunterricht in der Förderstufe benutzt. Zwei Arbeitsblätter, die für eine Konferenz vorgesehen waren, werden aus einem Fach entwendet und sollen laut Jacob " der Schulbehörde und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vorgelegt " werden. ( Of-Post vom 8.12.72) Begründung:

" Der Inhalt des einen ( Arbeitsblattes, d.Red.) ist pornographisch, das zweite enthält massive Angriffe gegen unsre Gesellschaft". Zu vermuten ist, daß die Staatsanwaltschaft, der die Blätter vorgelegt werden, irgendwo in der Nähe des Rechtsanwaltes Jacob zu orten ist. In diesen Kreisen hat man gewöhnlicherweise Beziehungen.

Beziehungen alleine genügen aber nicht um die gestartete CDU-Elterninitiative auch nach außen hin glaubwürdig zu machen. Da muß wenigstens ansatzweise ein 'Tatbestand' vorliegen. Die Arbeitsblätter für die Konferenz konnten nicht viel mehr hergeben als die Vermutung, daß sie auch im Unterricht verwendet werden sollten: ein bißchen arg wenig auch für juristisch geübte Personen wie Rechts-

anwalt Jacob. Zu dem Zweck, dennoch einen Tatbestand ausfindig zu machen, traf sich die CDU-Elterninitiative am 28.11.72 auf dem Hexenberg bei Dr. Imhoff: "Die Runde ging mit Auftrag auseinander, belastendes Material gegen die Junglehrer zu suchen. Fündig wurde sie bis heute nicht". (FR vom 21.2.73) Gegenüber der Öffentlichkeit indessen, wurden diese Aktivitäten der CDU-Elterninitiative begründet mit der Sorge einiger Eltern "um geistige und seelische Entwicklung ihrer Kinder". (Of-Post vom 8.12.72)

Unter der Frage "Werden unsere Kinder richtig aufgeklärt?" wurde eine Podiumsdiskussion zum Thema Sexualkunde von der CDU-Elterninitiative für den 15.12.72 vorbereitet. Die Initiatoren legten Wert darauf, die Veranstaltung als überparteilich zu charakterisieren. Eingeladen waren deswegen auch 'Sachverständige', die den überparteilichen Charakter der Veranstaltung durch ihre Anwesenheit betätigen sollten. Inzwischen hatte aber auch ein größerer Teil der Dietzenbacher Eltern und Schüler von Konflikt an der ERS erfahren und war zu der Podiumsdiskussion erschienen. Die CDU-Elterninitiative war nicht mehr unter sich, wie im geheimen Kreis auf dem Hexenberg. Ihr Ziel, die Podiumsdiskussion zu einem Tribunal über die von den Junglehrern im Unterricht verwendete Sexfibel - und damit zum Tribunal über die Junglehrer - zu machen, mißglückte. Es gelang ihnen nicht, die Dietzenbacher Eltern für ihr Vorhaben einzuspannen, nämlich über die angeblichen 'Sauereien' in der Sexfibel den Generalangriff auf den Klassenbegriff der Junglehrer zu starten.

Daß die vier Junglehrer für die Interessen der Kinder der großen Masse der Bevölkerung eintraten, ist der eigentliche Stein des Anstoßes für die CDU-Elterninitiative gewesen. Nur, wie sollte die das der großen Masse der Eltern klar machen und sie für ihre eigenen reaktionären Ziele gewinnen? Es mußte daher der Weg der Mausechlei und der Versuch der Abstempelung der Junglehrer mit Bezeichnungen wie "Linksradikale, Anarchisten" usw. gegangen werden, statt eine öffentliche Auseinandersetzung mit allen Eltern über die Inhalte und Ziele des Unterrichts der Junglehrer zu führen. Als dann endlich Mitte Februar das Regierungspräsidium die langen 'Bemühungen' der CDU-Elterninitiative mit dem Versetzungs'Angebot' an Th. Beyerle belohnte, wurde klar: die hessischen Schulpolitiker hatten Partei ergriffen für die Dietzenbacher high society in der CDU-Elterninitiative. Die Fronten im Schulkonflikt wurden jetzt deutlicher, und es zeigte sich, wie gut der Vorstand des Schulenternbeirats vermocht hatte, die Hintergründe des Konflikts den Eltern der betroffenen Schulklassen vorzuenthalten. Klassenelternbeiräte und fortschrittliche Eltern äußern sich adrum in einem Flugblatt: "Bisher erfuhren die Eltern nur bruchstückhaft, worum es bei den Problemen an der ERS ging. Private Veranstaltungen, Ausschluß der Öffentlichkeit und Gefflüster hinter der vorgehaltenen Hand sorgten dafür, daß keiner weiß, worüber die Lehrer streiken. Die Unbeteiligten wußten alles, die Beteiligten wenig, die Betroffenen so gut wie nichts." So war das und so mußte auch die Strategie der CDU-Elterninitiative sein, um zu ihrem Ziel zu kommen, um auch die kleinste Veränderung der Schule zu verhindern. Um die fortschrittlichen Lehrer als Träger dieser Veränderung von der Schule zu entfernen, mußte sie ihre Aktivitäten unter Ausschluß der Öffentlichkeit als "demokratisch gewählte Vertreter" (ihr eigener Ausdruck) in Geheimen auszubrüten.

Daß dann im Gegenzug bei Solidaritätsdemonstration für Beyerle auch massenhaft Schüler teilnahmen, kann von der reaktionären CDU-Elterninitiative und der Gruppe der 20 nur noch als 'Kindesverführung' diffamiert werden. Dr. Biederstedt, der schon im November auf dem Hexenberg bei CDU-Elterninitiative dabei war, gründet eine Einmann 'Schutzgemeinschaft ERS' und behauptete im Flugblatt dieser 'Gemeinschaft': "Einige wenige linksradikale Lehrer an der ERS stiften Unfrieden." Die F.D.P. schaltete sich jetzt auch ein. Sie hat im Demonstrationszug Mitglieder der DKP gesichtet und stellt ohne sich eingehender zu informieren fest: "Hier wurden eindeutig Kinder vor den Karren extremer linker Kreise gespannt". (Of-Poht vom 20.2.73) Daß der Konflikt eigentlich von der Frage der ungleichen Ausgangsbedingungen, von der Unterprivilegierung der großen Masse der Kinder in der Schule ausging, daran will man sich nicht mehr erinnern, hat man doch plötzlich das Herz für das "Wohl der Kinder" in den Parteien entdeckt, für das "Wohl der Kinder" vom Hexenberg allerdings.

Am 22.2.73 erschien in der Dietzenbacher Stadtpost eine Stellungnahme des CDU-Stadtverbandes. Die demagogische Methode dieser Erklärung ist bewährt und einfach:

- systematische Verdrehung aller tatsächlichen Ereignisse;
- Abstempelung der fortschrittlichen Kräfte der Bevölkerung als "zweifelhafte Claqueure";
- Rechtfertigung des eigenen Pamphlets mit der Berufung auf die heiligen, unantastbaren und unteilbaren Güter der Nation. Das Feindbild ist klar.

Waren die eigentlichen Drahtzieher im Dietzenbacher Schulkonflikt von Anfang an die CDU-Elterninitiative mit ihren Vertretern im Vorstand des Schulelternbeirats, so spielt jetzt die CDU, nachdem den geheimen Bemühungen dieser Elterninitiative mit der Versetzungsandrohung für T. Beyerle belohnt wurde, nachträglich vornehme Zurückhaltung. Als der "pädagogische Fachdisput" an der ERS anfang, um den sich die CDU jetzt so bemüht vorgibt, war es die CDU-Elterninitiative, die sich einen Dreck um diesen "Fachdisput" scherte, sondern laut tönte "Linksradikale und Anarchisten" seien am Werk. Die Früchte der geheimen Wühlarbeit der CDU-Elterninitiative: Der Konflikt und die daraus resultierende Polarisierung der Fronten, Solidarisierung und Protest hier, Gegenprotest da. Diese Situation wird nun von der CDU den Junglehrern als von langer Hand geplanter Terror mittels "dialektischer Öffentlichkeitsarbeit" unterschoben.

## CDU-Stellungnahme

Die Vorstände des CDU-Stadtverbandes, der CDU-Stadtverordnetenfraktion und der CDU-Frauenvereinigung sehen sich durch die Zuspitzung des Schulkonflikts in unserer Stadt veranlaßt, ihre bislang geübte Zurückhaltung aufzugeben. Die CDU Dietzenbach hat es bisher vermieden, sich öffentlich und aktiv in die Auseinandersetzungen um die vier Junglehrer und deren Unterrichtsmethoden mit Stellungnahmen, Manifesten Sympathieadressen einzuschalten. Wir waren der Ansicht, daß die aufgeworfenen Probleme in die Zuständigkeit der Lehrer- und Elternschaft sowie der vorgesetzten Schulbehörden gehören.

Durch unsere Reserve sollte verhindert werden, daß der pädagogisch-ideologische Streit un-

ter den Erziehern und die Gruppenbildung unter den für die schulischen Belange mitverantwortlichen Eltern auf die parteipolitische Ebene verlagert und eine sachliche Klärung der Konfliktursachen durch vom sog. „Feindbild“ geprägte Polemiken erschwert oder ganz unmöglich gemacht werden.

Unser Schweigen bedeutet keineswegs, daß wir nicht von Anfang an aufmerksame Beobachter der Szene waren und uns in einem fortwährenden Informations- und Meinungsbildungsprozeß befanden haben.

Es blieb allerdings den Linken Lehrkräften und ihren Sympathisanten, zu denen sich auch in öffentlicher Verantwortung stehende Mitbürger und sogar Stadtverordnete befinden, vorbehalten, mittels geschickter Agita-

tion und dialektisch raffiniertester Öffentlichkeitsarbeit den Schulkonflikt auf die Straße zu tragen und sich den Beifall zweifelhafter Claqueure zu sichern.

Die überraschend schnelle (spontane?), volksfrontartige Solidarisierung kommunistischer Kollektive, kooperationswilliger Jungsozialisten, linksgerichteter DGB-Jugend und auf die Verfassung vereidigter sozialdemokratischer Beamte und Mandatsträger mit dem Junglehrerkader und die zahlreichen, von einheitlichem Vokabular gezeichneten Pamphlete lassen deutlich werden, daß es den geistigen Urhebern dieser Auseinandersetzung gar nicht mehr um einen pädagogischen Fachdisput geht, sondern um den Versuch, längst überwundene und widerlegte Massenkonflikttheorien in die

Schulen zu tragen, beeinflussbare Schüler einseitig zu unterrichten, Pubertäts- und Generationskonflikte bewußt in Aggressivität gegen die Eltern (Erwachsene, Lehrherren, Unternehmer, Kapitalisten, Arbeiterfeinde, Ausbeuter) zu verwandeln, Verdrossenheit und Feindseligkeit gegen unseren Staat, unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie gegen jedlichen Leistungswillen zu erzeugen und so von der Basis her den Aufstand zu proben.

Mit dem Anspruch, die einzig richtigen Unterrichtsmethoden zu praktizieren und die wahre Demokratie zu verkünden, werden allzu leicht formbare junge Menschen irreführend und auf eine angebliche Überwindung unseres gesellschaftlichen Systems und der repräsentativ-demokratischen Staatsform eingestimmt. In Beamtenrecht begründete Pflichten werden von den Junglehrern mißachtet, den Jugendlichen wird der Strauß als höchste Tugend dargestellt.

Wer noch nicht begriffen hat, mit was für „Pädagogen“ er es hier zu tun hat, mußte seine Lehren aus jener Demonstration ziehen, die am vergangenen Samstag die Gruppe der 15, verführte Jugendliche, bekannte Kommunisten und weitere Ver-

treter des linken Lagers auf die Straße gehen ließ. Es war keine Protestaktion, sondern die erste offene Machtprobe! Wer sich als „wahrer Demokrat“ verstanden wissen will, kann nicht — wie geschehen — Holzparolen ausgeben, seinen Aktionsgruppen Terror und Sachbeschädigung gestatten und zu unflätigen persönlichen Beleidigungen greifen.

Wer von den Dietzenbacher Bürgern immer noch glaubt, Freiheit und Demokratie seien eine Selbstverständlichkeit, muß endlich erkennen — und seit dem wüsten Unzug wird es ihm leichter fallen —, daß es die Pflicht gibt und an der Zeit ist, mutig für diese unteilbaren und unantastbaren Verfassungsgüter einzustehen und sie gegen jedweden Angriff, komme er nun von links oder von rechts, zu verteidigen. Alle demokratischen Kräfte müssen sich ihrer Verantwortung bewußt werden und die Zukunft unserer Kinder in einer freien und gerechten Gesellschaft sichern helfen.

Noch dürfen sie sicher sein, daß ihr Widerstand gegen die links-sozialistischen Umfunktionsversuche bei den Behörden auf Verständnis stoßen würde. Deshalb ist ihr mutiger Einsatz um so höher zu bewerten. Die zwanzig demokratischen

Lehrer haben unser aller Dank und Respekt verdient.

Die Folge muß sein, daß sich alle verantwortlichen Bürger furchtlos und entschlossen hinter diese Lehrer stellen und mit ihnen konsequent, für Schulverhältnisse, Lehrinhalte und Unterrichtsmethoden kämpfen, die im wohlverstandenen Interesse unserer Kinder liegen und sie zu ebenso so kritischen wie konstruktiv tätigen Gliedern unseres Staates und zu freien, glücklichen Menschen in einer selbstbestimmten Gesellschaft erziehen.

Für Linksideologen, die den Sexualkundeunterricht zum Vehikel für Sittenverfall, Heißkorn-plexe und und Unstürzenden machen, ist kein Platz! Eine Koexistenz mit Systemüberwindern lehnen wir ab! Keinen Raum den falschen Propheten!

Die CDU ruft alle Dietzenbacher Bürger auf, die Gemeinschaft der verantwortlichen Demokraten zu stärken und die unverzichtbaren Grundwerte unseres Zusammenlebens zu schützen und zu verwirklichen.

Die CDU-Erklärung ist mit den Namen Eberhard Rhein,

Rolf Kuchler, Alfons Faust, Rudolf Füssel, Elisabeth Rhein, Anni Joedecke, Anni Braun, unterzeichnet.

Diese Erklärung bedarf einiger Richtigstellungen:

- Wenn auf die Widersprüche der Gesellschaft, auf die Klassenunterschiede hingewiesen wird, spricht die CDU von „längst überholten Klassenkampftheorien“, um ihren eigenen Klassenkampf von oben zu vertuschen: „Mein Kind soll nicht wie ein Arbeiterkind behandelt werden.“ (Rechtsanwalt Jacob)
- „Einseitige Indoktrination“ ist nach der CDU alles, was auf die gesellschaftlichen Widersprüche hinweist, denn dies könnte die unantastbaren und unteilbaren Güter der Bourgeoisie schmälern.
- Wenn jemand auf die Einkommens- und Besitzverhältnisse aufmerksam macht, spricht die CDU von „Feindseligkeit gegen unseren Staat, unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“. Es darf nach ihrer Meinung nicht untersucht werden, wem diese Ordnung die meisten Vorteile bringt. Wer es trotzdem tut, kann nach ihrer Interpretation nur ein Staatsfeind sein.
- Wenn Schüler sich mit Lehrern solidarisieren, weil diese sich für die Interessen der Mehrheit der benachteiligten Schüler einsetzen, spricht die CDU von der „Irreleitung formbarer junger Menschen“. Waren das noch schöne Zeiten, als alle Lehrer umstandslos und willig Propaganda für die Unternehmer, die CDU und das christliche Abendland gemacht haben!
- Wenn jemand Positionen vertritt, die nicht mit denen der CDU übereinstimmen, spricht die CDU von „unteilbaren und unantastbaren Verfassungsgütern“, denn nach der Vorstellung und dem Wunsch der CDU ist die Verfassung ein Instrument, das nur denen eine politische Betätigung erlaubt, die den Interessen der herrschenden Minderheit dienen.
- Damit man die reaktionäre Parteilichkeit nicht merkt, spricht die CDU von „Verteidigung gegen Angriffe von rechts und links“. Wenn sie auch in einem Konflikt eindeutig Partei ergreift,

die Versetzung von linken Lehrern fordert und den Kritiker bedingungslos unterstützt, so ist ihre rechte Position "überparteilich".

- Nach der CDU müssen alle "unsere Kinder" so erzogen werden, daß sie die Vorrechte einiger Kinder anerkennen. Darüber sollte man nicht streiten, man ist sonst in der Gefahr, Klassenkampftheorien zu beleben. Die CDU und ihre Auftraggeber brauchen nicht zu kämpfen, so lange alle die Ungleichheit in unserer Gesellschaft bejahen. Die Schule soll den Kindern schon im zartesten Alter zu dieser Einstellung verhelfen. Das bedeutet im Sinne der CDU Demokratie an der Schule.
- Auf alle Fälle, Sexualkundeunterricht und Förderung der Kinder der Mehrheit der Bevölkerung ist nicht vereinbar mit den Vorstellungen, die die CDU von "freien und glücklichen Menschen in einer selbstbestimmten Gesellschaft" hat. Wenn Lehrer und Eltern nicht mehr das vertreten, wofür die CDU steht, sieht sie "Sittenverfall", "Neidkomplexe" und "Umsturzdenken" am Werk. Sind Lehrer nicht mehr zur reaktionären Indoktrination bereit, beschwört die CDU den Untergang der Gesellschaft.

## DIE GRUPPE DER "20"

"Wer ist die "Gruppe der 20"? Wir sind Lehrer, die sich unter dem Einfluß von Ereignissen zu einer Gruppe formiert haben. Wir sind Demokraten, die verhindern wollen, daß Schulen zu politischen Kampfstätten umfunktioniert werden. Wir gehen konform mit der Äußerung des Bundeskanzlers, daß zur Demokratie Leistung gehört." (aus: Dokumentation: Die Gruppe der 20, S. 1)

Die "Gruppe der 20" hat eine Dokumentation der Ereignisse an der ERS aus ihrer Sicht vorgelegt, in der sie hier und da im Text verstreut unter der allgemeingehaltenen Rubrik "Übrigens" beteuert, daß die "Dokumentation von der Gruppe der 20 vollkommen frei von jedem Druck zusammengestellt worden" ist. Dieser Hinweis mutet wie ein Verweis an, und die weitere Lektüre der Dokumentation offenbart auch die Richtung dieses Verweises: Er zielt wohl auf das frei konstruierte Verhältnis zwischen der AjLE-Dokumentation und der "Gruppe der 15". Es wird suggeriert, die 15 hätten Druck auf den AjLE ausgeübt, und zwar durch ihre Hintermänner. Diese Verschwörerstheorie wird kräftig weiterentwickelt: "Schon an der Frankfurter Uni bestand für einige der umstrittenen Kollegen Klarheit darüber, sich in Dietzenbach wiederzufinden. Das Studium der Wahlergebnisse der letzten Jahre hatte zu der Erkenntnis verholfen, daß von den Wahlergebnissen der DKP her günstige Bedingungen für ihre Arbeit vorliegen. Auch die in Aussicht stehende Gründung eines sozialistischen Architektenkollektivs und eines sozialistischen Ärztekollektivs eventuell mit Dr. Mausbach ausgestattet - stellten hier keinen Hinderungsgrund dar. Ansonsten seien das alles ganz clevere Leute, nur der Herr B. sei blöd und gefährlich zugleich. (Zeugen sind bekannt)." (a.a.O., S. 6)

Wenn man weiß, wie spät üblicherweise die Referendare Bescheid bekommen über ihren Dienstoff, dann kann man nur staunen, wie so ein Komplott zwischen Friedeburg und den Junglehrern hier unbehelligt über die Bühne gehen konnte. Wohl war das nur möglich, weil Friedeburg nach seinem baldigen Amtsabtritt als Kultusminister auch ein sozialistisches Professorenkollektiv in Dietzenbach

gründen wollte! (Wo der linke Jouhy sich doch bereits hier engagiert hat!)

Die "Gruppe der 20" ist nach ihrer eigenen Aussage "für eine Förderung aller Kinder" und zitiert zustimmend aus einem Papier der pädagogischen Leiterinnen der Förderstufe: "Wir be-  
 -hen progressiven Unterricht, bei dem Kinder lernen, sich mit unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen, Standpunkte von Informanten zu erkennen, sich eine eigene Meinung zu bilden und Reflexion in Aktion umzusetzen." .. "Dieser Umstrukturierungsprozeß bringt viele Schwierigkeiten mit sich, die bewältigt werden müssen."

(a.a.O., S. 7) Dies heißt wohl, daß die "Gruppe der 20" damals schon einsah, daß in dem "Umstrukturierungsprozeß" auch Konflikte, wie sie jetzt existieren, auftreten würden. In der Dokumentation tritt die "Gruppe der 20" überhaupt als offene und zu kritischer Auseinandersetzung bereite Gruppe auf; nach ihrer Selbsteinschätzung gehören zu ihr die Lehrer,

- die "hinter der Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen für alle Kinder" stehen;
- die "eine kritische Auseinandersetzung mit den Problemen des Systems" wollen;
- die "für eine Gesellschaft, in der Menschlichkeit, Meinungsfreiheit, soziales Verhalten, selbständiges Denken, aber auch Leistung und Verantwortlichkeit als Grundwerte ihren festen Platz haben" eintreten;
- die "für wissenschaftliche Fundierung des Unterrichts in allen Fächern" eintreten (Zitate alle a.a.O., S. 12).

Dies klingt alles sehr schön, nur möchte man gerne wissen, was das inhaltlich für die "Gruppe der 20" heißt, und wie die wissenschaftliche Fundierung aussehen soll. Etwa so wie im Kapitel über die Linken in der Dokumentation, wo als Hintergrundinformationen aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus (Gustav A. Wetter) "Sowjetideologie heute" und (M. Markowic) "Die neue Linke und die Revolution" gebracht werden?

Die "Gruppe der 20" hält sich in der Dokumentation vornehm zurück. Die Kritik an den Junglehrern wird indirekt durch Zitate und ohne direkte Verweise geleistet; Kritik wird nicht als Kritik kenntlich gemacht. So stellt die Gruppe sich zwar verbal als offen und zu Auseinandersetzungen bereit dar, doch nur um sich sogleich hinter Andeutungen und unausgewiesenen Zitaten zu verstecken. Auf diese Weise kommt man nicht zur Klarheit über unterschiedliche Vorstellungen. Das zeigte sich deutlich, als der von der Gruppe angeblich befürwortete Umstrukturierungsprozeß Schwierigkeiten mit sich brachte, die im Kollegium hätten bewältigt werden können, wären die "20" so fortschrittlich wie sie getan haben. Nun muß man dieser Gruppe nicht unterstellen, daß ihre ganzen schönen Sprüche in der Dokumentation bewußte Lügen gewesen wären. Es ist dies vielmehr der offizielle bildungspolitische Jargon, die Verkündung der Emanzipation plus Chancengleichheit minus inhaltlicher Bestimmung gleich erhöhte Leistung und Selektion im Kern- und Liftkurssystem. Es ist dies die offizielle bildungspolitische Terminologie, der sich auch die "Gruppe der 20" bedient.

Als die Fronten sich bei der Androhung der Versetzung Beyerles und der anschließenden Solidaritätsdemonstration verhärteten, hat die "Gruppe der 20" eindeutig Partei ergriffen, und zwar für die "Bemühungen" der CDU-Elterninitiative, für den Beschluß des Regierungspräsidiums: Von der vorgegebenen Konfliktbereitschaft war da keine Spur mehr.

Unbekannte haben in der Nacht vor der Demonstration die Wände der Schule mit Parolen gegen die Versetzung Beyerles beschrieben. Dies ist für die "Gruppe der 20" der Anlaß, eine drohende Formulierung im Schlußsatz ihres Flugblatts an die Dietzenbacher Bevölkerung zu richten: "Bekunden Sie uns Ihre Solidarität, sonst wird bald ganz Dietzenbach ein Scherbenhaufen sein." Der Anfangssatz desselben Flugblatts klingt gleich pathetisch: "Die Ernst-Reuter-Schule war eine schöne Schule. Sie ist demoliert." Für den Unkundigen suggeriert diese Pathetik die Vorstellung, als sei von der ehemaligen ERS eine verwahrloste Ruine übriggeblieben, in der jetzt streunende Kinder und die Lehrer der "Gruppe der 20" bei Regen und Kälte herumirren ohne Dach über dem Kopf. Daß dies nicht der Fall ist, bestätigt der kurze Ausflug an die ERS, zu dem die Gruppe jeden Dietzenbacher Bürger aufgefordert hat.

Das Flugblatt der 20 hat System. Hier ist nichts mehr drin von den vagen Anspielungen der Dokumentation. Hier wird demagogisch Partei ergriffen, indem die Anwürfe gegen die Junglehrer als Ausdruck der Sorge um die Steuergroschen der Arbeitnehmer ausgegeben werden. Es ist von "systematischem Terror", "Drahtziehern", "Irregeleiteten", von "Schülern als willfährigen Werkzeugen" und "strategisch ausgeklügeltem Klassenkampf" die Rede. Für diese Ansammlung von Ungeheuerlichkeiten im kleinen Dietzenbach sind nach der Meinung der "Gruppe der 20" alleine die Junglehrer verantwortlich: "Sie organisieren auf Kosten der Steuerzahler eine Kundgebung und eine Demonstration." Der Hinweis auf die Steuergelder kommt mindestens dreimal im Flugblatt vor und soll wohl die Funktion haben, die werktätigen Steuerzahler hinter die Argumentation der "20" zu bringen. So scharf gegeifert hat die "Gruppe der 20" aber nie über die sonstige Verwendung der Steuergelder zuungunsten der Werkstätigen! Was will sie also jetzt mit ihrem aufreizenden Flugblatt? Sie will Ruhe an der Schule, und zwar die Ruhe, die keine rationale Auseinandersetzung um die Formen und Inhalte der Erziehung und des Unterrichts zuläßt.

Bedenklich stimmt es einem allerdings, wenn man zwischen den Zeilen etwas vom Schulalltag erfährt. Im Flugblatt der "20" steht: "Der Beamte Beyerle wiegelt die Kinder der 5. Klasse gegen den Religionsunterricht auf. Diese wußten plötzlich, daß ihr Pfarrer autoritär sei und prügelt." Nun ist es wohl doch nicht so einfach, den Kindern einzureden, daß sie geschlagen werden, wenn dies nicht der Fall ist. Ist es den "Pädagogen" der "Gruppe der 20" nicht bewußt geworden, welchen Aufschluß über ihren Unterrichtsstil es gibt, wenn es die Kinder nur bei wenigen Kollegen der ERS "plötzlich" wagten, über die Prügeleien zu sprechen? Man hat bisher nichts davon gehört, daß ein Lehrer in Dietzenbach oder anderswo wegen Prügelei aus "pädagogischen" Gründen versetzt wurde. Auch hat die "Gruppe der 20" sich bisher nicht dazu aufgerafft, die Prügeleien im Unterricht auf Kosten der Steuerzahler gegenüber den Werkstätigen anzuprangern. Dies alles stimmt einen sehr bedenklich.

# DIE HALTUNG DER SPD ZUM KONFLIKT

Die Traditionen der Arbeiterbewegung sind in Dietzenbach besonders lebendig: Die Bevölkerung war lange Zeit als "rot" verschrien, die KPD verfügte über eine starke Basis in dieser ehemals fast reinen Arbeiterwohnsitzgemeinde.

Nach dem KPD-Verbot von 1956, als die diversen Nachfolgeorganisationen der KP immer offener zum Revisionismus tendierten, eine Entwicklung, die sich auch in Dietzenbach auswirkte und in der personellen Identität zwischen ehemaligen KP-Funktionären und heutigen DKP-Leuten nur ihren äußerlichen Ausdruck findet, wurden breite Teile der ansässigen Arbeiterschaft in die Arme der sich hier - nicht zuletzt wegen des relativ hohen DKP-Wählerpotentials - besonders links gebärdenden SPD getrieben.

Um sich ihr Wählerpotential bei der Stange zu halten, verlangte diese besondere Dietzenbacher Situation von der lokalen SPD einige, wenn auch nur verbale, Abweichungen vom Verhalten der Bundespartei oder auch von dem der SPD Hessen-Süd. So gibt es bereits seit längerer Zeit den Beschluß einer Mitgliederversammlung, daß der Beschluß des Parteivorstandes gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten in Dietzenbach nicht praktiziert wird. Doch Papier ist geduldig und der Wert solcher Beschlüsse zeigt sich erst, wenn sie in die politische Praxis umgesetzt werden sollen.

Der Konflikt an der ERS war von daher der Punkt, an dem die lokale SPD zeigen mußte, auf wessen Seite sie steht. Sie konnte sich nicht heraushalten, wollte sie nicht um ihren Einfluß in der Arbeiterschaft bangen müssen, für deren Interessen an der Schule die bedrohten Kollegen sich ja gerade einsetzten (ganz im Gegensatz zu den zu einem überwiegenden Teil der SPD angehörigen Lehrern der "Gruppe der 20" oder gar Rektor Schwarz).

Der verbalen Solidarität nach außen das sich auf seinem rastlosen Weg durch die Institutionen befindlichen "linken" Flügels der SPD folgte das innerparteiliche Gezänk mit den öffentlichen Mandatsträgern und die offene Abwiegelei gegenüber den fortschrittlichen Kollegen der ERS, wenn diese versuchten herauszukommen aus der ständigen Defensive gegenüber den Machenschaften der Reaktion. Mehrmals war es der Fall, daß prominente Dietzenbacher SPD-Leute die Kollegen davon zurückhielten, klare öffentliche Erklärungen abzugeben und selbst nicht davor zurückschreckten, schon der Presse übergebene Erklärungen wieder zurückzuholen.

So ist denn auch das Schicksal der folgenden, von der SPD-Mitgliederversammlung Anfang Januar 1973 verabschiedeten, Resolution und eines weiteren Antrages recht merkwürdig:

Die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse an der Ernst-Reuter-Schule will die SPD beantragen. Das beschloss sie auf ihrer Jahreshauptversammlung. Die Kommission soll auf überregionaler Ebene gebildet werden, ihr soll nach Möglichkeit auch ein Dietzenbacher Vertreter angehören. Dieser Antrag wurde dem Hessischen Kultusminister, der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und Landtagsabgeordneten Dr. Emil Horn zugeleitet.

Der Antrag wurde eingereicht, weil die Öffentlichkeit, insbesondere die Eltern schulpflichtiger Kinder in den letzten Wochen durch heftige Auseinandersetzungen zwischen einer Gruppe von Eltern und Lehrern einerseits und zwei verschiedenen Lehrergruppen andererseits beunruhigt wird.

Ohne Zweifel ist es dringend notwendig, so forderten die Antragsteller, die Vorgänge in der Ernst-Reuter-Schule gründlich auch von der Partei her zu durchleuchten, um weder Sozialdemokraten noch sozialdemokratischen

...ne Schulpolitik in ein Zwielicht geraten zu lassen, in der andere „unter dem Deckmantel der elterlichen Verantwortung ihr Parteisüppchen kochten.“ Zur Situation an der Ernst-Reuter-Schule wurde dann noch eine Resolution gefaßt, in der es hieß: „Der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz über „Grundsätze zur Frage der verfassungsmäßigen Kräfte im öffentlichen Dienst“ ist nun auch die Basis einiger konservativer und der CDU nahestehender Eltern und Lehrer, um gegen die Arbeit von fortschrittlichen Kollegen vorzugehen.“

Ein Teil der Eltern und Lehrer wenden sich gegen „eine fortschrittlichen Lehrer durch offene und versteckte Drohungen und durch „Bespitzelung“.

Sie berufen sich auf die Verfassung und sorgen durch ihre Handlungsweise für Hysterie.“

Man sei sich der Gefahr bewußt, so heißt es weiter in der Resolution, daß die Verteidigung der Verfassung zur Aushöhlung und schließlich zur Zerstörung führen könne, wenn mit Mitteln der Drohung und der Bespitzelung gearbeitet werde.

An der Ernst-Reuter-Schule versuche man, progressive Lehrer über den Eingriff in den Berufsweg einzuschüchtern.

Herbert Wehners Mahnung zum Ministerpräsidentenbeschlusse, „wenn man hier einmal anfängt, wo wird man enden? Wann wird die nächste Gruppe fällig sein und die übernächste, wann werden wir portugiesische Zustände haben?“ werde so verstanden, daß man sich gegen diese Ansätze einer „Hexenjagd“ wehren werde und Lehrer vor Angriffen dieser Art schützen wolle.

### Dietzenbacher Stadt-Post

11. Januar 1973

Der Text dieser Resolution wurde vor der Abstimmung von Bürgermeister Koks verlesen, der sich der Abstimmung aber durch den Gang auf das stille Örtchen entzog, und, ob dieses seltsamen Verhaltens meinte, mit dem Verlesen hätte er doch wohl wahrlich genug getan, was man denn noch alles von ihm verlange?

Sodann sollte die Resolution vom Parteivorsitzenden nach Wiesbaden geschickt werden. Doch erst eine am 15.2.73 nach Wiesbaden gereiste Delegation erfuhr, daß hier nur das Begleitschreiben zur Resolution eingetroffen sei, die Resolution selber aber trotz einer schriftlichen Nachfrage - von der diese prominenten SPD-Leute seltsamerweise auch nichts wußten - noch immer nicht vorliege.

Zu dieser Resolution bzw. dem Antrag: Nicht die Aufhebung des Ministerpräsidentenbeschlusses wurde gefordert, der ja von der SPD selber initiiert wurde und erst die Basis schaffte für solche Kampagnen wie gegen die fortschrittlichen Lehrer in Dietzenbach, sondern es wird lediglich bejammert, daß eine ungeschickte Handhabung zu unliebsamen (für wen wohl?) Folgen führen könnte. Darüberhinaus die Forderung nach der alles klärenden Kommission: Hier zeigt sich sehr deutlich, daß die Dietzenbacher SPD Angst davor hat, sich offen auf die Seite der fortschrittlichen Lehrer zu stellen und nicht bereit ist, die Dietzenbacher Bevölkerung gegen die Machenschaften der CDU und ihrer Hilfstruppen zu mobilisieren. In bewährter Manier wird ein Untersuchungsausschuß gefordert, der - das Beispiel des Untersuchungsausschusses des Hessischen Landtages zur Situation an den Hochschulen zeigt das deutlich - tagt und tagt und tagt... Ziel dieser Aktion: Beschwichtigung, Abwiegelung, Wiederherstellung des "Schulfriedens", Verhinderung aller Maßnahmen, die auf eine Interessenvertretung der Betroffenen außerhalb der Institutionen des kapitalistischen Staates hinauslaufen könnten. Das dann noch ein selbst bei den eigenen Parteifreunden als rechts verschriebener Dr. Emil Horn für den Vorsitz der Kommission vorgeschlagen wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schizophrenie der zum Teil subjektiv recht ehrlichen Mächtigenvertreter der Interessen der Arbeiterklasse.